

# Poener Tageblatt



**Bezugspreis:** In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zl.  
Bei Postbezug monatlich 4.40 zl., vierjährlich 13.10 zl. Unter Streifband in Polen und Danzig monatlich 6.— zl. Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rmt.  
Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des "Poener Tageblatts", Poznań, Aleja Marszałka Piłsudskiego 25, zu richten. — Telegramm an: Tagblatt Poznań. Postcheckkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto: Concordia Sp. Akte.) Fernsprecher 6105, 6275.

**Anzeigenpreis:** Die 84 mm breite Millimeterzeile 18 gr. Textteil-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Blatzvorrichtung und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Blättern. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskriptes. — Anschreiben für Anzeigenaufträge. Poener Tageblatt Anzeigen-Abteilung Poznań 2 Aleja Marszałka Piłsudskiego 25. — Postcheckkonten in Polen: Concordia Sp. Akte Buchdruckerei und Verlagsanstalt Poznań Nr. 200 283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. — Fernsprecher 6275, 6105.

76. Jahrgang

Poznań (Posen), Donnerstag, 22. Juli 1937

Nr. 164

## Die evangelische Kirche in Polnisch-Oberschlesien

Noch steht das evangelische Kirchenvolk in Polen unter dem schmerzlichen Eindruck der Vorgänge in der Augsburgischen Kirche, und da kommt plötzlich eine neue Hiobsbotschaft aus Oberschlesien: der unierten evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien ist am Tage nach dem Ablauf der Genfer Konvention ein Gesetz über die vorläufige Organisation dieser Kirche aufgebürdet worden, das diese Kirche verstaatlicht. Der Gesetzentwurf ist als Dringlichkeitsantrag vom Wojewodschaftsrat dem Schlesischen Sejm vorgelegt worden. Er wurde dann der Kommission für das Schul-

## Abermals beschlagnahmt

Die gestrige Ausgabe des "Poener Tageblatts" Nr. 163 ist abermals auf Anordnung des Staatsanwalts beschlagnahmt worden. Dem Stift des Zensors zum Opfer gefallen ist der Titel der Meldungen aus Oberschlesien, in denen über die Proteste gegen das Gesetz über die vorläufige Organisation der unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien berichtet wurde. Wir wiederholen diese Meldungen in der heutigen Ausgabe mit abweichendem Titel. Gleichzeitig wiederholen wir mehrere andere wichtige Meldungen.

Unsere Leser, die zweimal hintereinander keine Zeitung bekommen haben, bitten wir um Nachsicht.

wesen und die religiösen Bekenntnisse überwiesen, die 2½ Stunden lang darüber beriet. Nach dieser Pause ist er dann innerhalb ganzer 55 Sekunden in allen drei Lesungen vom Sejm angenommen worden. Bei der Abstimmung waren nur 20 Abgeordnete anwesend, darunter nicht ein einziger Angehöriger der durch dieses Gesetz so schwer betroffenen unierten evangelischen Kirche.

Das neue Gesetz hebt die Selbständigkeit der unierten evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien auf. Es räumt dem Schlesischen Wojewoden, der als Katholik dem Wesen und Leben dieser Kirche naturgemäß fremd gegenübersteht, die entscheidende Stellung innerhalb der Kirche ein. Er kann auf die Zusammensetzung von Synode und Kirchenleitung und auf die Besetzung der Pfarrstellen weitestgehend Einfluss ausüben. Er stellt fest, ob der Kirchenpräsident und die Mitglieder des vorläufigen Kirchenrates ihr Amt auch pflichtgemäß verwalten und kann gegebenenfalls nach eigenem Ermessen die Amtserneuerung neu besetzen. Die kirchlichen Körperschaften bleiben zwar bestehen, es wird ihnen aber durch dies Gesetz das Recht der Pfarrerwahl entzogen — und freie Pfarrstellen wird es vielfach geben, da alle Pfarrer nichtpolnische Staatsangehörigkeit mit Inkrafttreten des Gesetzes ihr Amt verlieren. Die freien Pfarrstellen werden von dem vorläufigen Kirchenrat unter Zustimmung des Wojewoden provisorisch besetzt. Dieser vorläufige Kirchenrat ist überhaupt von ausschlaggebender Bedeutung. Zwar gehören demselben, der aus dem Vorsitzenden und 6 Mitgliedern besteht, die bisherigen im Amt befindlichen Mitglieder des Landeskirchenrates an; nach Lage der Dinge aber hat der schlesische Wojewoden die Möglichkeit, 4 Plätze in diesem vorläufigen Kirchenrat mit ihm geeignete Männer zu besetzen. Im Gegensatz zum Charakter des ganzen Gesetzes

## Keine Vollmachten für den Staatspräsidenten

Der diesbezügliche Antrag auf der gestrigen Sejmssitzung zurückgezogen

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sejmssitzung stand als einziger Punkt die Frage der "eigentümlichen" Überführung der Leiche des Marschalls Piłsudski durch den Krakauer Erzbischof Metropolit Sapieha. Die Sitzung begann um 16.20 Uhr unter starker Teilnahme der Abgeordneten. Auf den Regierungsbänken hatten Mitglieder der Regierung mit Ministerpräsident Skawo-Skłodowski an der Spitze Platz genommen. Anwesend waren auch Senatsmarschall Przybor und zahlreiche Senatoren. In der Loge des Sejmmarshalls sah man Marschall Smigły-Rydz, der an der ganzen Sitzung teilnahm und erst nach Schluss derselben in Begleitung des Ministerpräsidenten das Gebäude verließ.

Nach Eröffnung der Sitzung gab Sejmmarshall Car bekannt, daß Vizemarschall Schaezel einen Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Staatspräsidenten zur Herausgabe von Verordnungen eingebracht habe. Er bat die Anwesenden, diesen Entwurf im verkürzten Verfahren in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Vorschlag wurde angenommen. Der Sekretär verlas sodann den Gesetzentwurf, der den Staatspräsidenten ermächtigt, bis zum Tage der Einberufung der ordentlichen Tagung des Seims Verfügungen herauszugeben, die die Bedingungen für die Überführung von Leichen von ihrem Ruheplatz ordnen, die Familienrechte auf Gräber ihrer An-

gehörigen sichern und sowohl Rechte der Familien als auch der betreffenden Staatsstellen auf Grüber solcher Personen festsetzen, die sich um das Volk verdient gemacht haben.

Dann verlas der Sekretär den Antrag des Abg. Starzak über die sofortige Erledigung des Gesetzentwurfs ohne Weiterleitung an eine Kommission.

Marschall Car erteilte darauf dem Antragsteller, Vizemarschall Schaezel, das Wort. In einer längeren Rede, deren Teil, der von den Gefühlen handelt, die das polnische Volk für Marschall Piłsudski hegt, stehend angehört wurde, zog Schaezel seinen Gesetzesvorschlag zurück, da die Regierung die Angelegenheit mit dem Augenblick als erledigt betrachtete, als Staatspräsident Moscicki die Erklärung des Erzbischofs Sapieha zur Kenntnis nahm. Daraufhin erklärte Marschall Car die Tagesordnung für erschöpft und die außerordentliche Sejmssitzung für geschlossen.

### Keine Sessijsitzung

Anschließend an die Sejmssitzung fand eine Sitzung der Marthalle der beiden gesetzgebenden Kammern statt. Auf dieser Sitzung wurde beschlossen, daß nach der Zurückziehung des Antrages des Vizemarschalls Schaezel kein Grund mehr für die Einberufung einer Senatstagung vorhanden sei.

## Im Auftrage einer politischen Gruppe?

Um die Hintergründe des Anschlags gegen Oberst Koc

Warschau, 20. Juli.

Über das Ergebnis der Untersuchungen des Attentats gegen Oberst Koc liegen noch keine amtlichen Verlautbarungen vor. Von halbamtlicher Seite wird aber ein Bericht eines Warschauer Platzen nicht bestritten, wonach es sich bei dem ums Leben gekommenen Attentäter um einen 29jährigen Mann handle, der nicht selbstständig, sondern gemeinsam und im Auftrage einer politischen Gruppe gehandelt habe. Wie verlautet, soll sich die Herausgabe der amtlichen Verlautbarung deswegen hinauszögern, weil die

Spuren des Verbrechens sich noch ständig erweitern.

Die Abendpresse berichtet, daß die Explosionskraft der Bombe, die mit einem Kilogramm Dynamit geladen war, so stark war, daß die Finger des Attentäters 60 Meter von der Explosionsstelle entfernt gefunden wurden. Wie jetzt vermutet wird, hat der Attentäter beabsichtigt, die Bombe in der Toreinfahrt, die das Auto des Obersten Koc passieren mußte, einzubringen.

ist dem Artikel 1, der die Mitgliedschaft innerhalb der Kirche bestimmt, eine erstaunliche Weitheitigkeit eigen. Jeder Evangelische, der in Oberschlesien wohnt, soll der Kirche angehören. Konfessionelle Erwägungen bleiben bei dieser Frage, für die der Schlesische Sejm sachgemäß überhaupt nicht zuständig sein kann, unberücksichtigt. Das Gesetz beabsichtigt mit diesem Artikel allen evangelischen Polen, die in das Gebiet der unierten evangelischen Kirche einwandern, die Zugehörigkeit zu dieser Kirche und ihren Einrichtungen zu sichern.

In Artikel 3 handelt das neue Gesetz von der Vereinigung der unierten evangelischen Kirche in Oberschlesien mit andern Kirchen innerhalb Polens. Vermutlich soll durch diese Bestimmung eine Annäherung der oberschlesischen Kirche an die von Generalsuperintendent D. Bursche geleitete evangelisch-augsburgische Kirche in Mittelpolen betrieben und eine Annäherung an ihre evangelische Schwesternkirche in Posen und Pommerellen verhindert werden.

Der gegenwärtigen Leitung der unierten evangelischen Kirche in Oberschlesien ist der Gesetzentwurf am letzten Tage, an dem noch die Genfer Konvention galt — nur etwa 48 Stunden vor Zusammentritt des Schlesischen Seims — vorgelegt worden. Kirchenpräsident D. Voß hat sofort aufs nachdrücklichste darauf hingewiesen, daß die Einbringung eines derartigen Gesetzentwurfs bei der gesetzgebenden Körperschaft ohne vorhergehende Verhandlungen mit den zuständigen kirchlichen Stellen wohl nirgends eine Parallele findet. Er hat auch gleich aufs dringendste gebeten, vor der Einbringung dieses Gesetzentwurfs beim Sejm abzusehen und mit der Kirche in Verhandlungen zu treten. Kirchenpräsident D. Voß hat dann den Gesetzentwurf dem oberschlesischen Landeskirchenrat und dem Landeshyndodalvorstand vorgelegt. Nach der ersten Prüfung des Entwurfs begab sich eine Abordnung des Landeskirchenrates mit D. Voß an der Spitze zum Wojewoden. Alle Einwände und Begründungen sowie

## Bonnet wird das Sparen schwer gemacht

Rüstungskredite von 6 auf 11 Milliarden Franks erhöht

Paris, 21. Juli.

Die für 1938 für die nationale Verteidigung bewilligten Kredite in Höhe von 6 Milliarden Franks werden nunmehr trotz der Sparpolitik des Finanzministers Bonnet auf 11 Milliarden Franks erhöht. Wie einige Blätter schon am Dienstag berichteten, hat es Kriegsminister Daladier verstanden, den gestrigen Ministerrat von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Ausgaben, insbesondere für die Modernisierung der technischen Mittel der Armeen zu überzeugen und sich gegen Bonnet durchzusetzen, der ursprünglich seine Einsparungspläne auch auf dieses Gebiet erstreckt wissen wollte. Der Ministerrat hat gestern den Forderungen Daladiers stattgegeben und seine Vorschläge unterzeichnet.

## Mosley verletzt

Rote Ausschreitungen in Southampton

London, 21. Juli.

Bei einer faschistischen Versammlung unter freiem Himmel, die gestern in Southampton stattfand, kam es zu Täterschaften. Sir Oswald Mosley, der vor etwa 10 000 Zuhörern von dem Dache eines Bautsprechwagens aus sprach, wurde durch einen Steinwurf verletzt. Seine Leibwache hinderte einige Kommunisten an dem Versuch, Sir Oswald Mosley vom Wagen herunterzuholen. Die Polizei griff ein und hielt eine Straßenbahn an, in der Sir Oswald und ein Teil seines Stabes abtransportiert wurden. Einige Faschisten wurden bei dem Straßenkampf mit den Kommunisten verwundet.

## In 10 Wochen drei Millionen Besucher auf der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“

Düsseldorf, 20. Juli.

Die Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ konnte am Dienstag den dreimillionsten Besucher begrüßen, und zwar war es der Eisenbahner Seferin Fritzel aus Rhens an Rhein, Vater von sieben Kindern, der mit seiner Frau die Ausstellung besuchte. Er wurde von der Ausstellungsleitung begrüßt, die ihm eine goldene Uhr mit Widmung und ein Geldgeschenk überreichte.

Es ist bemerkenswert, daß in zehn Wochen bereits drei Millionen Besucher der Ausstellung gezählt werden konnten, ein Zeichen dafür, daß diese große Vierjahresplan-Schau das größte Echo findet.

die Anrufung des Staatsoberhauptes und des Ministerpräsidenten hatten nicht den erhofften Erfolg: der Gesetzentwurf ist, wie bereits eingangs gesagt, vom Schlesischen Sejm innerhalb von nur 55 Sekunden angenommen worden.

Damit steht die unierten evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien ganz plötzlich vor einer neuen Rechtslage. Es handelt sich zwar zunächst um ein Gesetz, das die vorläufige Organisation dieser Kirche regelt; dieses Gesetz stellt aber in Wirklichkeit einen Wendepunkt in der Geschichte der unierten evangelischen Kirche in Oberschlesien dar. Die evangelischen Gemeinden, über die das neue Gesetz wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, werden vor ernste Entscheidungen gestellt. Der unierten evangelischen Kirche, die in einem Nothstandsgebiet wie Oberschlesien einen so wichtigen Dienst für Volk und Staat leistet, wäre besser geholfen worden, wenn der Schlesische Sejm ein Gesetz verabschiedet hätte, hinter dem kirchlichen Aufbau willig spürbar ist.

Artilleriekampf vor Peiping

# Japan leitet Kampfhandlungen ein

Eiserner Ring um Peiping — Japanisch-chinesische Beilegungsbemühungen gehen weiter

Peiping, 20. Juli.

Vor Peiping haben heute heftige Kämpfe zwischen japanischen und chinesischen Truppen begonnen. Die Japaner haben eine „Strafexpedition“ eingeleitet. Nach japanischer Darstellung griffen heute früh Chinesen bei Lukou-tschau und Papao-tschau die japanischen Stellungen an. Daraufhin beschoss japanische Artillerie, die zur Brigade Kawabe gehört, die Festung Wangpinghsien. Im Laufe der anderthalb Stunden dauernden Beleidigung gaben die Japaner mehr als hundert Schüsse ab. Eine chinesische Mörserbatterie, die in den Kampf eingriff, wurde von den Japanern zum Schweigen gebracht. Bei allen drei Orten hielt noch am späten Nachmittag das Feuer zwischen beiden Parteien an.

Das scharfe Vorgehen der Japaner ist eine Folge des in Tokio gefassten Kabinettsbeschlusses, nach dem Ablauf des den Chinesen gestellten Ultimatums „die geeigneten Maßnahmen zur Durchführung der bereits festgelegten japanischen Politik in Nordchina zu ergreifen“. Am Dienstag vormittag hatte der Chef der militärischen Sondermission der japanischen Kwantung-Armee, Oberst Matsui, einen leichten Protest gegen die in den letzten Tagen immer wieder vorgekommenen Schießereien eingelegt. Die Protestnote war auf Dienstag mittag beschriftet, von den Chinesen jedoch unbeantwortet gelassen worden.

Die japanische Regierung geht jetzt mit größter Entschlossenheit gegen alle Elemente vor, die durch zersetzende Tätigkeit die angesichts der drohenden Kriegsgefahr notwendige nationale Geschlossenheit zu untergraben versuchen. In der japanischen Hauptstadt wurden zehn Personen verhaftet, die durch Verbreitung von Flugschriften versucht haben, unwahre Gerüchte über die Ziele der japanischen Armee in Umlauf zu setzen. Unter den Verhafteten befinden sich auch der japanische Parlamentarier Prof. Reitichi Kita.

Wie aus Peiping berichtet wird, bereiten sich die japanischen Truppen zum gewaltsamen Einmarsch in die Stadt vor.

Die japanischen Truppen bildeten einen eisernen Ring um Peiping und versuchten, die von Marshall Tschiang-kaisch nach Norden entstandenen Verbündeten von allen Verbindungen abzuschneiden.

Die amerikanischen Marinebehörden haben sämtlichen amerikanischen Staatsangehörigen in Peiping befohlen, die Gefahrenzone zu verlassen.

Peiping, 20. Juli.

Wie aus Kreisen der japanischen Kwantung-Armee verlautet, trafen am Dienstag nachmittag 3 Uhr, zur gleichen Zeit, als General Kawabe das Bombardement von Wangpinghsien anordnete, im Hause des Vorsitzenden des Hopei - Tschachar - Rates, General Sung-tscheyuan, Vertreter der Kwantung-Armee mit diesem zusammen. Von japanischer Seite nahmen Oberst Matsui von der Kwantung-Armee und der Peipinger Militärrattaché Major Imai an der Unterredung teil. Nach mehr als einstündiger Konferenz kam man zu folgendem Ergebnis:

Sungtcheyuan sagte den Verzicht auf Militärmärsche zu, um die Situation nicht weiter zu erschweren. Er verbündete sich für die Sicherheit der Japaner in Peiping und versprach die Aufhebung des Belagerungszustandes für Mittwoch. Währenddessen solle die 37. Division ihre bisherigen Garnisonen aufgeben und den Abmarsch nach Paotingshu durchführen. Danach würde man die Bedingungen des zukünftigen Friedens für das Konfliktgebiet festlegen.

Dieselbe japanische Seite versicherte ihr Zutrauen zu dem ehrlichen Wunsch und der Fähigkeit Sungtcheyuans, seine Autorität für die Durchführung der übernommenen Verpflichtungen einzulezen. Wohl sei mit dem Widerstand einzelner chinesischer Unterführer zu rechnen, doch könne dieser ohne größere Schwierigkeiten gebrochen werden. — Zur Zeit dieser Verhandlungen konnte, wie hierzu zu bemerken ist, die chinesische Seite über die Tatsache und den Umfang der von der Brigade Kawabe eingeleiteten Aktion gegen Wangpinghsien noch gar nicht unterrichtet sein.

Die um 3 Uhr begonnenen Kampfhandlungen haben sich bis auf eine von Papao-tschau bis in die Nähe Schantungtians reichende Front ausgedehnt. Nach dem zwischen 3 und 4 Uhr und wieder um 7 Uhr abends in Peiping hörbaren Kanonen-donner zu höhren, haben die Kämpfe große Intensität angenommen.

Bis jetzt haben sie nach chinesischen Meldungen zu erheblichen Sachschäden innerhalb Wangpinghsien und zu einer ersten Beschädigung der historischen Marco-Polo-Brücke geführt.

## Das japanische Außenamt zu den gestrigen Kämpfen

Zu weiteren Verhandlungen mit China bereit.

Tokio, 21. Juli.

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes stellt die gestrigen Kämpfe bei Wangping und Peiping als lediglich lokaler Natur hin, veranlaßt durch chinesische Feuerüberfälle auf japanische Stellungen und die Weigerung, entsprechend den Vereinbarungen die chinesischen Stellungen bei Lukou-tschau aufzugeben. Er halte, wird wei-

ter berichtet, die Annahme, daß die Zusammenstöße der Beginn einer allgemeinen japanischen „Strafexpedition“ seien, für unberechtigt, wenn auch über die Beendigung der Aktionen keinerlei Mitteilung gemacht werde. Er habe Zweifel darüber ausgedrückt, ob man auf chinesischer Seite die am 19. Juli in Tientsin geschlossene Vereinbarung mit der Nordchinagarnison durchführe. Daher sei man in der letzten Kabinettssitzung zur Sanktionierung aller notwendigen Schutzmaßnahmen für die japanische Armee für den Fall der Nichtdurchführung der getroffenen Vereinbarungen geschritten. Die gestrige Unterredung des Botschaftsrates Hidaka mit Außenminister Wangtchunghui sei für Japan unbefriedigend ausgefallen. Dieser Ausgang der Unterredung bedeute jedoch nicht den Abbruch jeglicher Verhandlungen mit Nanking, und eine Wiederaufnahme der Besprechungen sei jederzeit möglich.

# Londoner Verhandlungen auf dem toten Punkt

Die Sitzung des Nichteinmischungsausschusses vertagt

London, 20. Juli.

Der Hauptausschuss des Nichteinmischungsausschusses beschloß in seiner Dienstag-Vormittag-Sitzung, einen technischen Unterausschuß zur Ausarbeitung der Einzelheiten der in den spanischen Häfen zu errichtenden Nichteinmischungskontrolle einzulegen.

Bei der weiteren Beratung des britischen Planes gerieten die Verhandlungen am Nachmittag jedoch auf einen toten Punkt, da man sich nicht über die Reihenfolge, in der die einzelnen Punkte des englischen Planes behandelt werden sollen, einigen konnte. Der italienische Botschafter Graf Grandi verlangte, daß genau nach der im englischen Plan vorgesehenen Reihenfolge die einzelnen Punkte durchgesprochen werden sollten, wie das bisher stets in ähnlichen Fällen geschehen sei, während der Vorsitzende Lord Plymouth anschließend an die Behandlung der Frage der Hafentrolle die

Frage der Zurückziehung der Freiwilligen vorzugsweise behandelt wissen wollte.

Da hierüber nach längerer Aussprache keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Sitzung vertagt, um den Vertretern Gelegenheit zur Einholung neuer Anweisungen zu geben. Eine weitere Sitzung des Nichteinmischungsausschusses konnte vorerst noch nicht festgesetzt werden. Inzwischen tritt am Donnerstag der oben erwähnte technische Unterausschuß zusammen.

## Englische Truppen nach Tientsin

Wie die britischen Militärbehörden in Hongkong mitteilten, wurden alle britischen Truppen in Schantungtian bis auf eine Kompanie nach Tientsin befördert. Es handelt sich um eine Vorsichtsmaßnahme im Zusammenhang mit dem chinesisch-japanischen Konflikt.

# Aussprache im Oberhaus über den britischen Teilungsplan für Palästina

„Die britische Enklave eine Wiederholung des polnischen Korridors“

London, 20. Juli.

Im Oberhaus fand am Dienstag eine Aussprache über den britischen Teilungsplan für Palästina statt. Für die Opposition ergriff Lord Snell das Wort, der den Bericht im Namen der Labourpartei ablehnte. Snell warf der Regierung vor, daß sie in Palästina die Ordnung nicht aufrecht erhalten habe, und daß die so entstandenen Unruhen die Schaffung eines jüdischen Nationalheims verhindert hätten. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß sich Araber und Juden vertrüfen. Lord Peel, wurde vom Hause mit lautem Beifall begrüßt. Er wies die Kritik zurück, die an der Verwaltung versucht worden sei. Die Beamten seien durch alle möglichen Mandatsbestimmungen gehemmt gewesen. In einem kleinen Land, in dem ein Volk bereits gewohnt habe, sei ein zweites Volk hineingelassen worden, das entschlossen gewesen sei, nicht eine Minderheit zu bleiben. Das habe erklärliche arabische Befürchtungen ausgelöst. Es sei nicht möglich, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Juden und Arabern zu

überbrücken. Der Vorschlag erfülle selbstverständlich nicht alle Hoffnungen der Juden und Araber, aber er würde sie von einer Fülle ihrer Besorgnisse befreien.

Der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Lord Dufferin und Ava, erklärte, daß der vorgeschlagene Schritt allein als gerecht und den Verpflichtungen der Regierung entsprechend angesehen werden könne.

Der Bericht zerstört den Irrtum, daß der arabische Nationalismus in Palästina etwas Künstliches sei, der von einer Handvoll unverantwortlicher Politiker betrieben werde. Vorschläge bezüglich der in Aussicht genommenen Grenzführung würden Beachtung finden, sobald der Plan durchgeführt werde. Die Regierung sei jedoch nicht bereit, Vorschläge anzunehmen, die wesentliche Gebietsänderungen vorleben. Die britische Enklave würde eine Wiederholung des polnischen Korridors darstellen. Die Garantie für den Frieden zwischen Arabern und Juden werde in Zukunft durch die fortgeführte Anwesenheit Englands in Palästina gegeben sein.

# Londoner Flottenvertrag vom Unterhaus angenommen

Eine Rede Duff Coopers

London, 20. Juli.

Der Londoner Flottenvertrag von 1936 wurde am Dienstag abend vom Unterhaus in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

Marineminister Duff Cooper leitete die Sitzung mit einem Überblick über den Vertrag ein und behandelte seine Hauptbestimmungen. Nach Aufzählung der Schwierigkeiten,

die in der Kriegsfrage aufgetaucht waren, bezeichnete der Minister die Bestimmungen über vorherige Bekanntgabe und den Informationsaustausch über die Flottenbauprogramme als sehr bedeutungsvoll. Duff Cooper kam dann auf die Vertragsbestimmungen zu sprechen, die die beteiligten Staaten unter gewissen Umständen von ihren Verpflichtungen entbinden. Wenn sich eine Nation im

Krieg befindet und um ihr Leben kämpft, dann könnte man kaum von ihr erwarten, daß sie an den Bedingungen für die Rüstungsbegrenzung, zu denen sie sich zu Friedenszeiten verpflichtet habe, festhält. Ferner sei folgendes vorgesehen: Wenn eine Macht, die dem Vertrag nicht angehört Rüstungen herstellt, die den Vertragsbedingungen nicht entsprechen, die Unterzeichnerstaaten nach vorheriger Mitteilung das Recht haben würden, von den Bestimmungen abzugehen. Wenn schließlich neue Umstände entstehen, die nach Ansicht irgend eines Unterzeichnerstaates ihre nationale Sicherheit gefährdeten, dann brauche sich diese Macht nach vorheriger Konsultation und Mitteilung nicht mehr durch die Vertragsbestimmungen für gebunden zu erachten.

Der Marineminister begrüßte es dann, daß 5 Großmächte in der Lage gewesen seien, eine Vereinbarung über den Flottenbau zu erreichen. Natürlich sei der Vertrag nicht das erreichbare Ideal und habe manche Schwächen. Die Hauptschwäche bestehe darin, daß zwei andere Großmächte ihn nicht unterzeichnet hätten. Es sei nicht überraschend, daß sich Italien zur Zeit der Sanktionen von der Londoner Flottenkonferenz zurückgezogen habe. Nach Abschluß des Vertrages habe die italienische Regierung jedoch keinen bedeutenden Einwand dagegen erhoben, und es sei zu hoffen, daß Italien dem Vertrag beitreten werde, wenn er von den anderen Mächten ratifiziert sein werde. Hinsichtlich Japan sei die Lage schwieriger. Aber es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß Japan irgend etwas tun werde, um den anderen Mächten die Einhaltung ihrer Verpflichtungen unmöglich zu machen. Gegenwärtig sei die Lage so, daß Japan lediglich erklärt habe, daß es sich durch die Verpflichtung, keine Schiffe mit 40 Zentimetergeschützen zu bauen, nicht als gebunden betrachten könne. Abschließend erklärte Duff Cooper, daß der Flottenvertrag zwar nicht das erreichbare Ziel, aber etwas wie einen Anfangspunkt und eine Grundlage darstelle.

## Ablömmen Deutschlands mit Franco

In den letzten Wochen haben Wirtschaftsverhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der nationalspanischen Regierung stattgefunden. Diese Verhandlungen haben, wie aus Salamanca gemeldet wird, zu einem beider Teile sehr befriedigenden Ergebnis geführt.

Das DNB, erfährt dazu noch ergänzend, daß die beiden Delegationen den allgemeinen Auftrag hatten, das von früher her bestehende und in vielen Punkten überholte Handelsvertragsverhältnis der jetzigen Lage anzupassen und weiter auszubauen. Zu diesem Zweck sind in den letzten Tagen in Salamanca eine Reihe von Einzelabkommen unterzeichnet worden. Dabei ist das deutsch-spanische Handelsabkommen vom 7. Mai 1926 dahin erweitert worden, daß vom 1. August 1937 ab beide Teile sich gegenseitig die Meistbegünstigung uneingeschränkt gewähren.

## Neunzehnjährige aufgerufen

Durch einen im „Staatsanzeiger“ veröffentlichten Erlass hat General Franco alle Neunzehnjährigen zu den Waffen gerufen.

## Prügeleien um den Palästinaplan

Jüdische Verbände veranstalteten Sonntag in Warschau eine Protestkundgebung gegen die Teilung Palästinas, an der etwa 1000 Juden teilnahmen. Während des Umzuges kam es mehrfach zu schwersten Prügeleien mit den Angehörigen anderer jüdischer Organisationen. Das Eingreifen der Polizei war erforderlich.

## Pariser Hotelsstreit beigelegt

Bierzigtundenwoche, aber die Hauptheher werden „anderweitig untergebracht“

Paris, 21. Juli.

Der Streit in den Pariser Hotels und Gaststätten ist nach elfstätigem Dauer und nach langwierigen Verhandlungen am Mittwoch früh um 1 Uhr beigelegt worden. Vertreter der beiden Parteien unterzeichneten im Ministerpräsidium ein Kompromiß, durch das die Angestellten die vierzigstündige Arbeitswoche, auf sechs Tage verteilt, annehmen. Die Arbeitgeber erklärten sich dagegen nur bereit, 90 v. H. der Streitenden wieder einzustellen; die übrigen 10 v. H., unter denen sich vor allem die Rädelshörer und Hauptheher befinden, werden nicht wieder in ihre alten Arbeitsstätten zurückkehren, sondern sollen durch einen Arbeitsvermittlungsausschuss anderweitig untergebracht werden. Die Regelung der 40stündigen Arbeitswoche, verteilt auf sechs Tage, gilt vorläufig nur bis zum 1. November 1937.

## Das gute Recht

eines jeden Reisenden ist sein Unsprach auf die Kürte seiner Heimatstellung. Verlangt überall in Hotels und Beizallen das Posener Tageblatt.

# Selbständigkeit der Evang.-Unierten Kirche in Poln.-Oberschlesien aufgehoben

(Wiederholte aus der gestrigen Ausgabe.)

In unserer Sonntagsausgabe berichteten wir, daß der Schlesische Sejm ein Gesetz über die vorläufige Organisation der Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien verabschiedet habe.

Das neue Gesetz hebt die Selbständigkeit der Unierten Kirche völlig auf. Zum entscheidenden Faktor wird der schlesische Wojewode.

Das Gesetz nimmt den jetzigen kirchlichen Körperschaften das Recht der Pfarrerwahl und sieht vor, daß die Pastoren von der Zeitung der Kirche unter Zustimmung des Wojewoden berufen werden.

Das bedeutet, daß die Mehrzahl der deutschen Gemeinden in absehbarer Zeit polnische Geistliche haben wird.

Weiter gibt das neue Gesetz dem neu zu bildenden vorläufigen oberschlesischen Kirchenrat das Recht, die Unierte Evangelische Kirche der in ihrer Zeitung bereits völlig kolonisierten Evangelisch-Augsburgischen Kirche anzugehören.

Die rechtmäßige Vertretung der Kirche hatte noch vor der Sitzung des Schlesischen Sejms beim schlesischen Wojewoden Einpruch gegen die Vorlage erhoben und telegraphisch den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Kultusminister angerufen.

Der Brief des Präsidenten der Unierten Evangelischen Kirche D. Boß an Dr. Grażynski hat folgenden Wortlaut:

„Herr Wojewode!

Sie haben mir vorgestern einen Gesetzentwurf über die vorläufige Organisation der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien zur Kenntnisnahme übergeben. Dieser Entwurf soll heute dem Schlesischen Sejm zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ich habe bereits vorgestern auss nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Einbringung eines derartigen Gesetzentwurfs bei der gegebenden Körperschaft ohne vorhergehende Verhandlungen mit den zuständigen kirchlichen Stellen wohl nirgends eine Parallele findet. Auch in unserem Lande ist, soweit mir bekannt ist, niemals so versfahren worden. Deshalb habe ich Sie vorgestern, schon ohne Kenntnis von dem Inhalt des Gesetzentwurfs zu haben, auf dringende gebeten, von dessen Einbringung bei dem Sejm abzusehen und mit unserer Kirche in Verhandlungen zu treten.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Gesetzentwurf gestern unserer Kirchenleitung, dem Landeskirchenrat und dem Landeslynodalvorstand, vorzulegen. Nach der ersten Prüfung des Entwurfs haben wir uns entschlossen, persönlich bei Ihnen vorzusprechen, und ich erkläre heute im Namen der Kirchenleitung:

1. Die Begründung des Gesetzentwurfs ist nicht stichhaltig. Unsere kirchliche Organisation vom Juni 1923 ist völlig legal. Wenn darüber Zweifel gewesen wären, hätte die Staatsregierung die Pflicht gehabt, nach dem ersten Schriftwechsel im Jahre 1923 mit uns in weitere Verhandlungen zu treten. Das ist nicht geschehen. Unsere kirchliche Organisation ist 14 Jahre hindurch de facto anerkannt worden.

2. Nach der Staatsverfassung hat die Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nach Verständigung zwischen der Regierung und der rechtlichen Repräsentation der Kirche zu erfolgen. Die Herbeiführung einer Verständigung ist im vorliegenden Falle nicht einmal versucht worden. Vielmehr soll die Organisation unserer Kirche völlig einseitig vom Staat herbeigeführt werden. Somit wird die Staatsverfassung zum aller-schwersten Schaden unserer Kirche verlegt.

3. Der Inhalt des Gesetzentwurfs bindet unsere Kirche an die Staatsgewalt in einer Weise, die die durch die Staatsverfassung verbürgte innere Freiheit und Selbständigkeit unserer Kirche illusorisch macht. Wir sind um unserer Verantwortung für die Kirche und um unseres Gewissens willen gezwungen, ihn abzulehnen, da er unserer Kirche den Charakter als Kirche nimmt.

4. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, daß eine Körperschaft, der unseres Wissens kein Glied unserer Kirche angehört, über Bestand und Zukunft unserer Kirche beschließen soll, ohne jede Zustimmung unserer Kirche, ja ohne jede Anhörung ihrer Organe.

Wir haben, Herr Wojewode, vorgestern mit gesagt, es sei der Wunsch der Staatsregierung, die kirchlichen Dinge in Ruhe und Frieden zu regeln. Ich habe erwidert, daß wir unsererseits diesen Wunsch all die Jahre hindurch gehabt haben.

Der Weg, den Sie gehen wollen, führt nicht zum Frieden, sondern muß von uns als eine Kampfansage schroffster Art empfunden werden. Es geht hier um Gewissensdinge.

Es werden Konflikte kommen, die weder der Staat noch die Kirche wünschen.

Ich beschwöre Sie, Herr Wojewode, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und mit uns in Verhandlungen einzutreten. Sie werden uns dazu bereit finden.“

## Ein Schreiben der Kirchenleitung

Gleichzeitig ist an den Wojewoden von Schlesien ein Schreiben der Kirchenleitung der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien gerichtet worden, in welchem festgestellt wird, daß der Entwurf als Ganzes genommen nicht mit dem Anspruch einer Evangelischen Kirche auf innere Freiheit und Unabhängigkeit und infolgedessen nicht mit der Würde und Autorität einer Evangelischen Kirche in Einklang zu bringen sei. Aus diesem Grunde habe sich die Kirchenzeitung gezwungen gesehen, sich hilfesuchend an den Staatspräsidenten und an den Ministerpräsidenten zu wenden, daß sie der bedrohten Evangelischen Kirche in Oberschlesien beistehten und daß sie zum Schutz der Staatsverfassung und auch der Rechte der Kirche einschreiten mögen. Telegramme mit gleichem Inhalt sind auch an den Minister des Innern und an den Minister für religiöse Bekanntschaften gesandt worden.

In dem Schreiben der Kirchenleitung heißt es weiter, daß sich die Unierte Evangelische Kirche in Oberschlesien auf die Synode von Plesz im Jahre 1923 stütze.

14 Jahre hindurch haben die Wojewodschaft ebenso wie die sämtlichen anderen in Betracht kommenden staatlichen Behörden mit den Organen der Kirche amlich verfehlt. „Die Anerkennung des Daseins unserer sämtlichen Organe ist nicht einmal, sondern immer wieder de facto erfolgt. Der Schlesische Sejm hat nicht das Recht, unsere Verfassung als ungültig anzusehen und durch Bestimmungen völlig anderen Inhalts zu ersehen.“

„Unserer Kirche gegenüber soll eine Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche eingeführt werden: ohne jegliche Zustimmung unserer Kirche, ohne jegliche Anhörung ihrer Organe, durch einen Beschluß des Schlesischen Sejm, dem unseres Wissens kein einziges Mitglied unserer Kirche, ja nicht ein einziger Evangelischer angehört, der sich vielmehr lediglich aus Katholiken bzw. Angehörigen anderer Bekanntschaften zusammensetzt.“

Hiergegen legen wir feierlich Protest ein. Seit der Mitte der 19. Jahrhunderts haben wir als Mitglieder der Unierten Evangelischen Kirche eine unabhängige kirchliche Verwaltung und Gesetzgebung. In keinem Fall ist seit dieser Zeit eine Ordnung unserer Verfassung durch Staatsgesetz erfolgt. Hier soll es geschehen, entgegen dem Art. 2 des Schlesischen Verfassungsgesetzes, entgegen der Staatsverfassung (Art. 113 und 115), entgegen Grundzügen der Gerechtigkeit und Willigkeit, durch einen Beschluß, bei dem lediglich Andersgläubige mitwirken.

Stets werden wir bereit sein, als Bürger des

polnischen Staates, denen das Wohl des Staates am Herzen liegt, zu seinem Besten zu arbeiten und bei der Ordnung unseres Verhältnisses zum Staat im Sinne dieser Einstellung mitzuwirken. Aber wir verwahren uns gegen eine einseitige, die Geschichte unserer Kirche verklärende, dem Geist unserer evangelischen Kirche widersprechende Ordnung durch ein Wojewodschaftsgesetz.“

## Dr. Grażynski über die zukünftige Haltung gegenüber dem Deutschtum

Über die Lage des Deutschtums in Oberschlesien nach dem Erlassen der Genfer Konvention veröffentlicht der „Kurier Warszawski“ eine Unterredung seines Mitarbeiters mit dem oberschlesischen Wojewoden Dr. Grażynski.

In dieser Unterredung erklärt Dr. Grażynski, man könne von einer Verschlechterung

der Restgrundlagen für die Entwicklung des Lebens der nationalen Minderheit nach dem Erlassen der Genfer Konvention nicht sprechen, da die Verfassung jedem Staatsbürger das Recht, seine Nationalität zu wahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen, gewährleiste. Es werden nur die Versuche aufhören, die kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der nationalen Minderheit zu politischen Schachzügen auf internationalem Gebiet auszunutzen. Die Atmosphäre des Zusammenlebens der Mehrheit mit der deutschen Minderheit werde sich demzufolge bessern. Es beständen kleinere Absichten, auf verwaltungsmäßigem Wege die kulturelle Bewegungsfreiheit für die Entwicklung des deutschen Elements einzuschränken. Es werde lediglich darauf geachtet werden, daß in den Organisationen der Minderheit keine irredentistischen (!!) Bestrebungen in Erscheinung treten oder Bestrebungen, die in einem Widerspruch zur Loyalität dem Staat gegenüber stehen.

Unter Hinweis auf die letzten Deutichtumsprozesse erklärt der Wojewode, daß in die deutschen Organisationen unverantwortliche Elemente eindringen, die für den Irredentismus (!!) eintreten und auf diese Weise die Atmosphäre des Zusammenlebens vergiften. Versuche dieser Art müßten selbstverständlich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Für die Gestaltung der Minderheitenfrage in Oberschlesien sei im übrigen die Frage des Schicksals der Polen im deutschen Teil Oberschlesiens besonders wichtig.

## Eine grundsätzliche Erklärung des Verbandes der Polen in Deutschland

„Polen waren wir und Polen bleiben wir“

(Wiederholte aus der gestrigen Ausgabe.)

Die „Opolskie Nowiny Codzienne“, das führende Blatt der Polen in Deutsch-Oberschlesien, veröffentlichte an leitender Stelle die folgende Erklärung:

„Die Genfer Konvention hat am 15. Juli aufgehört zu bestehen. Diese Konvention hatte von Anfang an Übergangscharakter. Im Laufe von 15 Jahren sollte sie die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und schließlich auch nationalen Beziehungen in beiden Teilen Oberschlesiens regeln. Ohne darauf einzugehen, ob die Konvention ihrer Aufgabe gerecht geworden ist oder nicht, muß erklärt werden, daß es von Anfang an nicht ihre Aufgabe gewesen ist, die rechtliche Lage der polnischen Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien als ständige Grundlage unseres nationalen und kulturellen Lebens festzulegen. Keinesfalls war die Konvention Grundlage oder Existenzbedingung der polnischen Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien.“

Denn Polen waren wir und bleiben wir, nicht von Gnaden der Genfer Konvention, sondern von Gnaden Gottes und aus der Tatsache unserer Zugehörigkeit zum polnischen Volk heraus.

Wir haben also das Naturrecht auf unser besonderes nationales Leben. Die Garantierung dieser Rechte und ihre Anwendung in der Praxis haben wir immer vom deutschen Staat und nicht von irgendeiner internationalen Instanz oder einem internationalen Abkommen verlangt.

Das Ende der Genfer Konvention kann deshalb für uns nicht Ursache irgendwelcher Bedürfnisse sein. Im Gegenteil drängen uns an diesem Tage zwei Feststellungen auf:

1. Wir sind jetzt in derselben Lage wie unsere Brüder in den anderen Gebieten des Reiches, die keine Konvention hatten und dennoch mit ihrer eigenen Arbeit dort das polnische Leben aufzubauen und weiterzubauen.

2. Wir bilden von jetzt ab eine noch enger geschlossene polnische Familie in Deutschland, die in unserer mächtigen Hauptorganisation, dem Verband der Polen in Deutschland, organisiert sind, der gerade in diesem Jahr den 15. Jahrestag seines Bestehens feiert.

Verbunden durch den Kampf für die gemeinsame Sache und durch die Liebe für die polnische Nation, werden wir für die polnische Sache in Deutschland arbeiten und um unsere begründeten Rechte kämpfen.“

\*  
Die Forderungen der Polen in Deutschland sind auch die Forderungen der deutschen Volksgruppe in Polen. Auch wir kämpfen um unsere begründeten Rechte, auch wir wollen Deutschland sein und bleiben. Wertvoll ist die Feststellung der Erklärung, daß die Polen in Deutschland aus eigener Arbeit ihr Leben aufzubauen und weiter aufzubauen. Werden doch dadurch die Behauptungen der polnischen Landsmutter von angeblichen Unterdrückungen der Polen im Reich aufs neue Lügen gestraft

## Zum Tode des großen Erfinders Marconi

Der bekannte Erfinder Guglielmo Marconi ist, wie bereits kurz berichtet, am Dienstag morgen um 4 Uhr in seiner Wohnung in Rom an den Folgen eines Herzleidens im Alter von 63 Jahren gestorben.

Die Leiche ist im Laufe des Vormittags nach der Farnesina, dem Sitz der Königlich Italienischen Akademie, überführt worden, wo Marconi in der Uniform des Präsidienten der Akademie öffentlich aufgebahrt wurde. Die Totenwache halten Mitglieder der Akademie und Schwarzhemden. Mit einem Staatsbegräbnis wird Italien am Mittwochabend um 18 Uhr von Marconi Abschied nehmen. Auf Anordnung Mussolinis wird Marconi in seiner Geburtsstadt Bologna beigesetzt.

Marconi ist der Erfinder der Antenne. Diese Tatsache umreißt seine Bedeutung für die Funktechnik besser als eine lange Beschreibung der Lebensarbeit dieses vom Glück ungewöhnlich begünstigten größten Ingenieurs des Jahrhunderts. Aber die Antenne wäre nicht in das Licht der Öffentlichkeit gekommen, wenn der einundzwanzigjährige Bologneser Landwirtsohn nicht eine englische Mutter gehabt hätte. Die Verbindungen von Marconis Mutter nämlich in England verhalfen dem jungen Ingenieur zu einer Einladung der englischen Telegraphenbehörden, die neue Antenne vorzuführen. So kam der berühmte Verlust von Lavernock Point vom 10. Mai 1897 zustande, bei dem zum ersten Male Radiowellen über eine fünf Kilometer lange Wasserstrecke telegraphische Zeichen zu der kleinen Insel Flatholm trugen.

Marconi mag es aussehen, als ob ihn von der Stunde seines ersten Experimentes an das Glück seines Lebens nicht mehr verlassen hätte. Aber das ist nur äußerlich; denn in Wahrheit hat Marconi mindestens ebensoviel gearbeitet wie Edison. Auch auf seine Erfindungen trifft das Wort zu: Sie bestehen zu 98 Hundertteilen aus Arbeit, und nur 2 v. H. sind dem glücklichen Einfall zuzuschreiben. Als Chef der Marconi-Gesellschaft London war Marconi gleichzeitig ihr erster Konstruktur und Ingenieur. Jahrzehntelang sehen wir ihn beim Bau von Großstationen in aller Welt, Hunderte von Patenten zeigten die Früchte seiner Experimente.

Italien hat seinen großen Sohn erst nach dem Kriege zurückholen können; denn sein Lebenswerk begann in England und wuchs auch dort unter der tatkräftigen Unterstützung der englischen Postverwaltung zu gewaltiger Größe heran. Marconi war ganz Engländer geworden. Nachdem er aber im Jahre 1927 den Vorstand der Marconi-Gesellschaft niedergelegt hatte, kehrte er in seine Heimat Italien zurück, die ihm 1929 den erblichen Titel eines Marchese verlieh und ihn 1930 zum Ehrenpräsidenten der römischen Akademie machte.

## Haussuchungen beim Polenbund in Berlin

(Wiederholte aus der gestrigen Ausgabe.)

Die polnische Presse verrät in den letzten Tagen deutlich das Bestreben, durch recht viele

und ausführliche Kommentare über das Leben des Polenbundes in Deutschland über die Tatsachen hinwegzugehen, die aus Anlaß des 15. Juli die deutsche Presse zu entschiedenen Stellungnahmen angeregt haben. So bringen die Sonntagnummern mehrerer polnischer Blätter in großer Aufmachung eine Meldung, wonach am Freitag in der Zentrale des Polenbundes in Berlin und in der Bürse der polnischen akademischen Jugend in Berlin polizeiliche Haussuchungen stattgefunden hätten. Die gesamte Korrespondenz, die Bücher und anderes mehr seien kontrolliert worden.

## Kensau

(Wiederholte aus der gestrigen Ausgabe.)

Wir berichteten gestern, daß der Antrag auf Haftentlassung der 17 im Konizer Prozeß verhafteten jungen Deutschen abgelehnt worden ist. Dieser Entschluß des Konizer Gerichts hat das gesamte Deutschland in Polen schmerlich betrübt. Wir alle hoffen, daß das Gerichtsvorhaben in zweiter Instanz möglichst schnell beendet wird, damit die Entscheidung über das Schicksal der im Gefängnis sitzenden Deutschen bald fällt.

Der Kensau-Prozeß war der dritte, der in den letzten Monaten gegen jugendliche deutsche Volksgenossen durchgeführt worden ist. Vorangegangen waren die beiden großen Prozesse in Tarnowitz. In diesen drei Prozessen waren nicht weniger als 109 Personen, von denen ein großer Teil noch minderjährig war, unter die Anklage der Geheimbündelei gestellt worden. Die Urteile, die in diesen Prozessen gefällt wurden, machen insgesamt 674 Monate Gefängnis aus.

# Deutschland braucht deutsche Kunst

## Die große Rede Adolf Hitlers an die Künstler in München

Als vor vier Jahren, so führte der Führer u. a. aus die feierliche Grundsteinlegung dieses Hauses stattfand, waren wir uns alle bewußt, daß nicht nur der Stein für ein neues Haus gesetzt, sondern der Grund gelegt werden mußte für eine reine und wahre deutsche Kunst. Es galt, eine Wende herbeizuführen in der Entwicklung des gesamten deutschen kulturellen Schaffens. Vieles war es schwer gefallen, das Wort „Münchener Glaspalast“ zu verlieren und diesem Neubau auch einen neuen Namen zu geben. Trotzdem fanden wir es damals für richtig, das Haus, das in seinen Räumen die Fortsetzung jener einst berühmtesten deutschen Kunstaustellung erfahren sollte, nicht als „Neuen Glaspalast“, sondern als das „Haus der Deutschen Kunst“ zu proklamieren. Denn gerade dadurch war auch die Frage, ob es denn noch überhaupt eine deutsche Kunst gebe zu prüfen und zu beantworten.

### Die innere Zersetzung

Der Zusammenbruch und allgemeine Verfall Deutschlands war — wie wir wissen — nicht nur ein wirtschaftlicher oder politischer, sondern ein vielleicht noch viel größerer Ausmaß kultureller gewesen. Dabei war auch dieser Vorgang nicht durch die Tatsache des verlorenen Krieges allein zu erklären. Solche Katastrophen haben Völker und Staaten sehr oft heimgesucht, und gerade sie sind dann nicht selten der Ansporn für ihre Läuterung und damit innere Erhebung gewesen. Jene Flut von Schlammb und Unrat, die aber das Jahr 1918 an die Oberfläche unseres Lebens gespielt hatte, war nicht durch den Verlust des Krieges entstanden, sondern du ihn frei geworden. Ein an sich so n durch und durch verdorbener Körper erfuhr erst durch die Niederlage den ganzen Umgang seiner inneren Zersetzung. Nun, nach dem Zusammenbruch der scheinbar noch in Ordnung befindlichen früheren gesellschaftlichen, staatlichen und kulturellen Formen, begann die darunter schon längst vorhandene Gemeinschaft zu triumphieren, und zwar auf allen Gebieten unseres Lebens.

### Schlagworte und Phrasen

Es ist bemerkenswert, daß in dieser Zeit des Verfalls und Zusammenbruchs die Schlagworte und Phrasen in eben demselben Ausmaße steigend zu triumphieren begannen. Allein auch hier war es natürlich am schwierigsten, auf die Dauer gegen den allgemeinen fühlbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch mit dem Schwulst blässer Theorien anzukämpfen. Gewiß, es wurde auch dagegen unendlich viel geredet von modernen Errungenschaften sozialistischen und kommunistischen Inhalts, von liberalen Wirtschaftsauffassungen, von den ewigen Gesetzen nationalökonomischer Tatsachen oder Bedingtheiten. Allein, die allgemeine Not, besonders das durch die Erwerbslosigkeit millionenfach bedingte Elend, waren damit nicht wegzubringen, noch waren den davon Betroffenen die Folgen auszurenden. Daher gelaß es auch, den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Nation viel schwerer durch Schlagwörter oder Phrasen zu verbergen als den politischen.

Dennoch war auch hier auf die Dauer — allerdings nur dank der nationalsozialistischen Aufklärung — das Schlagwort der Wucht der Tatsachen erlegen. Immer mehr Menschen erkannten, daß die durch die marxistisch-parlamentarische Demokratie und Zentrumsirtschaft erreichte und sich dauernd steigernde weltanschauliche und politische Zersplitterung zu einer allmählichen Auflösung des einheitlichen Volksgefühls und damit der Volksgemeinschaft und infolgedessen zur Lähmung der inneren und Lebenskraft unseres Volkes führen mußte.

Die eintretende Schwächung des deutschen Volkskörpers aber führte zu jener internationale Rechtslosigkeit, die ihren außenpolitischen Lohn in der konstanten Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung fand.

Es ist nur dem Glauben an die Vergleichlichkeit der Menschen zuzuschreiben, wenn heute von Seiten ausländischer Politiker oder Diplomaten sehr oft der Eindruck zu erwecken versucht wird, als ob man ja sehr gerne bereit sei würde, einem demokratischen — sprich also: marxistisch-demokratisch-parlamentarisch — regierten Deutschland weiß Gott was für Lebensvorteile auf dieser Welt schenken oder wenigstens gewähren zu wollen. Nun, diese parlamentarisch-demokratische, dem Ausland abgesessene und nachgeplante Regierungsform hat es vor wenigen Jahren nicht im geringsten verhindert, gerade dieses damalige Deutschland zu unterdrücken, zu expressen und auszupländern, solange und soweit es von unserem Volke etwas zu expressen gab.

Nein: So sehr sich auch aus verständlichen Gründen unsere inneren und äußeren Gegner bemühten, die deutsche Ohnmacht mit einem förmlichen Dunst international üblicher Phrasen zu umschleieren, so sehr hat doch die Härte der Tatsachen geholfen, das

deutsche Volk zu erziehen und ihm die Augen zu öffnen über das Ausmaß seines Zusammenbruchs und Verfalls, den es unter

den Auspizien seiner westlich orientierten demokratischen Völkerbundsideologen erlit- ten hatte.

## Der verderbliche jüdische Einfluß

Viel erfolgreicher und vor allem anhaltender war demgegenüber die durch Schlagworte und Phrasen erreichte Verwirrung der Ansichten über das Wesen der Kultur im allgemeinen und des deutschen Kulturlebens und Kulturverfalls im besonderen.

Zunächst ist

1. der Kreis derer, die sich bewußt mit kulturellen Dingen befassen, natürlich nicht an nähernd so groß wie die Zahl jener, die sich mit wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigen müssen:

2. hatte sich auf diesem Gebiet mehr wie auf jedem anderen das Judentum jener Mittel und Einrichtungen bemächtigt, die die öffentliche Meinung formen und diese damit letzten Endes regieren. Das Judentum verstand es besonders unter Ausnutzung seiner Stellung in der Presse, mit Hilfe der sogenannten Kunstkritik nicht nur die natürlichen Auffassungen über das Wesen und die Aufgaben der Kunst sowie deren Zweck allmählich zu verwirren, sondern überhaupt das allgemeine gesunde Empfinden auf diesem Gebiete zu zerstören. An Stelle des normalen Menschenverstandes und Instinkts traten bestimmte Schlagworte, die dank ihrer dauernden Wiederholung langsam doch einen großen Teil der sich mit Kunstaufgaben beschäftigenden oder die Kunstaufgaben beurteilenden Menschen entweder unsicher machen oder zumindest so einfühlerteren, daß es diese dann nicht mehr wagten, gegen den dauernden Strom solcher Phrasenflüsse ernstlich und offen anzukämpfen. Indem man die Kunst einerseits nur als ein internationales Gemeinschaftserlebnis ausgab und damit überhaupt jedes Verständnis für ihre Volksverbundenheit tötete, verband man sie dafür desto mehr mit der Zeit, daß heißt also: es gab nun gar keine Kunst

der Völker oder besser der Rassen mehr, sondern nur jeweils eine Kunst der Zeiten.

Traurig war es aber auch zu erleben, so fuhr der Führer fort, wie durch diese Schlagwörter und Blödeleien allmählich eben doch nicht nur ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit in der Beurteilung künstlerischer Leistungen oder Bestrebungen aufkam, sondern wie dies mithalf jene Feigheit und Angst groß zu züchten, die selbst ansonsten verständige Menschen hinderten, gegen diesen Kulturbolschewismus Stellung zu nehmen bzw. sich den widerwärtigen Propagandisten dieser kulturosen Narrenclie zu widersetzen. Daß sich die Presse in den Dienst der Propaganda für diese Vergiftung unseres gesunden Kultur- und Kunstempfindens stellte, habe ich schon erwähnt. Daß es aber fertigbrachte, die Einsicht ihrer Leser allmählich so zu verderben, daß diese teils aus Unsicherheit, teils aber auch aus Feigheit einsch nicht mehr wagten, diefer Art von Kulturverderben entgegenzutreten, war das Entscheidende. Denn jetzt erst konnte es den geschäftstüchtigen jüdischen Kunsthändlern gelingen, die größten Schnäppchen von heute auf morgen einfach als die Schöpfungen ihrer neuen und damit modernen Kunst zu offerieren und vor allem zu taxieren, während man umgekehrt hochgeschätzte Werke kurzerhand abtat und ihre Meister als unmodern einsch zur Strecke brachte. Denn in diesem Wort „modern“ liegt naturger ih die Vernichtung all jener, die diesen Unsinn nicht mitmachen wollen, begründet. Und so wie man leider heute die Kleider nicht beurteilt nach ihrer Schönheit, sondern nur nach ihrer Modernität, und somit nicht nach ihrem eigenlichen Schönheitswert so werden denn auch alte Meister einsch abgelegt, weil es nicht mehr modern ist, sie zu tragen bzw. sie laufen.

## Wahre Kunst ist ewig!

Natürlich wird sich gegen eine solche Auffassung der wirkliche große Künstler wenden. Allein wieviel wahre und große Künstler hat es zu allen Zeiten auf der Welt auf einmal gegeben? Die wahrhaft großen Genies, die uns aus der Vergangenheit überliefert sind, waren in ihrer Zeit auch nur einzelne Auserwählte gewesen unter unzähligen Berufenen. Diese wenigen allerdings würden aus dem Gefühl ihres eigenen Wertes heraus immer protestiert haben — so wie sie es auch heute tun — gegen die Begriffe „modern“ und „nicht modern“.

Denn die wahre Kunst ist und bleibt in ihren Leistungen immer eine ewige, d. h. sie unterliegt nicht dem Gesetz der saisonmäßigen Bewertung eines Schneiderateliers. Ihre Würdigung verdient sie sich als eine aus dem tiefsten Wesen des Volkes entstammende, unsterbliche Offenbarung.

Es ist aber natürlich verständlich und begreiflich, wenn gegenüber diesen Riesen, die als die wirklichen Schöpfer und Träger einer höheren menschlichen Kultur anzusehen sind, die kleineren Geister ganz zufrieden aufzutreten, wenn man sie von der drückenden Ewigkeit dieser Titanen befreit und ihnen Werken wenigstens jene Augenblicksbedeutung schenkt, die von der Gegenwart zugebilligt wird.

Was in seinen Leistungen nun einmal nicht für Ewigkeiten bestimmt ist, redet auch nicht gern von Ewigkeiten. Es wünscht im Gegenteil, diese aus der Vergangenheit in die Zukunft reichenden Riesen der Welt möglichst zu verdunkeln um selbst, wenn auch als schwaches Flämmchen, von den suchenden Zeitgenossen entdeckt zu werden.

Was war dabei nun natürlicher, als daß gerade diese Sorte kleiner Gegenwartskunstfabrikanten sogar noch auf das eifrigste mithalfen, um

1. den Glauben an die völkische Gebundenheit und damit an die zeitliche Unvergänglichkeit eines Kunstwerks zu befeitigen, um so

2. dem eigenen Kunstwerk den Vergleich mit den Leistungen der Vergangenheit zu ersparen und es als daseinsberechtigt wenigstens der Gegenwart aufzufordern zu können.

Die Novemberzeit tat dann noch das übrige, um im Sinne der beabsichtigten Zersetzung dieser kleinen Kunstlibellen an Akademien und Galerien zu berufen, um nun auch dafür zu sorgen, daß der Nachwuchs eines ähnlichen, das heißt kleinen Formats blieb. Denn so wenig diese Geister selbst sind, so groß aber ist ihre Neigung nicht nur gegenüber dem Schaffen der Großen der Vergangenheit, sondern auch gegenüber jedem Format der Zukunft. Daher sind auch gerade diese Kunstwerke die selbst die größte Toleranz beanspruchen, bei der Beurteilung ihrer eigenen Erzeugnisse von größter Intoleranz in der Würdigung der Arbeiten anderer.

den Auspizien seiner westlich orientierten demokratischen Völkerbundideologen erlit- ten hatte.

nationalsozialistische Deutschland aber will wieder eine „deutsche Kunst“, und diese soll und wird, wie alle schöpferischen Werte eines Volkes, eine ewige sein. Entbehrt sie aber eines solchen Ewigkeitswertes für unser Volk, dann ist sie auch heute ohne höhere Wert.

### Dem Volk ein Denkmal

Als daher der Grundstein für dieses Haus gelegt wurde, sollte damit der Bau eines Tempels beginnen nicht für eine sogenannte moderne — sondern für eine wahre und ewige deutsche Kunst, das heißt noch besser: ein Haus für die Kunst des deutschen Volkes und nicht für irgendwelche internationale Kunst der Jahre 1937, 40, 50 oder 60. Denn in der Zeit liegt keine Kunst begründet, sondern nur in den Völkern. Es hat daher auch der Künstler nicht sehr einer Zeit ein Denkmal zu setzen, sondern seinem Volke. Solange ein Volk besteht, ist es in der Flucht der Erscheinungen der ruhende Pol; es ist das Seiende und Bleibende! Und damit ist auch die Kunst als dieses Seiende Wesensausdruck ein ewiges Denkmal, selbst seiend und bleibend und gibt daher auch keinen Maßstab von gestern und heute, von modern und unmodern, sondern es gibt nur einen Maßstab von „wertlos“ oder „wertvoll“ und damit von „ewig“ oder „vergänglich“. Und diese Ewigkeit liegt gefaßt im Leben der Völker, solange also diese selbst ewig sind, das heißt bestehen.

### Deutsch sein heißt wahr sein

Es ist oft die Frage gestellt worden, was denn nun „deutsch sein“ eigentlich heißt. Unter allen Definitionen, die in Jahrhunderten und von vielen Männern darüber aufgestellt worden sind, scheint mir jene wohl am würdigsten zu sein, die es überhaupt nicht versucht, in erster Linie eine Erklärung abzugeben als vielmehr ein Gesetz aufzustellen. Das schönste Gesetz aber, das ich für mein Volk auf dieser Welt als Aufgabe seines Lebens vorzustellen vermöge, hat schon ein großer Deutscher einst ausgesprochen: Deutsch sein heißt klar sein! Das aber würde besagen, daß deutsch sein damit logisch und vor allem aber auch wahr sein heißt. Ein herrliches Gesetz, das allerdings auch jeden verpflichtet, ihm zu dienen und es damit zu erfüllen. Aus diesem Gesetz heraus finden wir dann auch einen allgemein gültigen Maßstab für das richtige, weil dem Lebensgesetz unseres Volkes entsprechende Wesen unserer Kunst.

### Eine heilsame Lehre

Die tiefsinnere Sehnsucht nun nach einer solchen wahren deutschen Kunst, die in sich die Züge dieses Gesetzes der Klarheit trägt, hat in unserem Volke immer gelebt. Sie hat unsere großen Maler, unsere Bildhauer, die Gestalter unserer Architekturen, unsere Denker und Dichter und am allerhöchsten wohl unsere Musiker erfüllt. Als an jenem unglücklichen 6. Juni 1931 der alte Glaspalast im Feuer und Flammen aufging, da verbrannte in ihm ein unsterblicher Schatz einer so wahrhaften deutschen Kunst. Romantiker hießen sie und waren dabei doch nur die schönsten Vertreter jenes deutschen Suchens nach der wirklichen und wahrhaftigen Art unseres Volkes und nach einem aufrichtigen und anständigen Ausdruck dieses innerlich geahnten Lebensgesetzes.

Unsere deutschen Romantiker von einst dachten nicht im geringsten daran, etwa alt oder gar modern zu sein oder sein zu wollen. Sie fühlten und empfanden als Deutsche und rechneten natürlich dementsprechend mit einer dauernden Bewertung ihrer Werke, entsprechend der Lebensdauer des deutschen Volkes. Welch eine Tragödie also, daß gerade ihre Arbeiten verbrennen mußten, während die Erzeugnisse unserer modernen Kunstmästern ebenfalls nur zu schnell, was da los war!

### Wir wollen eine deutsche Kunst

Ich möchte daher an dieser Stelle heute folgende Feststellung treffen: Bis zum Machtantritt des Nationalsozialismus hat es in Deutschland eine sogenannte „moderne“ Kunst gegeben, d. h. also, wie es schon im Wesen dieses Wortes liegt, saß jedes Jahr eine andere. Das

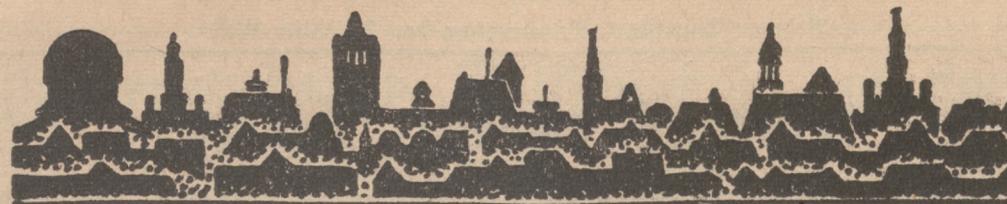
## Dokument des Lebensrechts

In den langen Jahren der Planung und damit der geistigen Aufrichtung und Gestaltung eines neuen Reiches beschäftigte ich mich oft mit den Aufgaben, die uns die Wiedergeburt der Nation besonders auf dem Gebiete ihrer kulturellen Säuberung auferlegen würde. Denn Deutschland sollte ja nicht nur politisch oder wirtschaftlich, sondern in erster Linie auch kulturell wiedererstehen. Ja, ich war und ich bin überzeugt, daß der letztere für die Zukunft eine noch viel größere Bedeutung zukommen wird als den beiden ersten. Ich habe immer die Meinung unserer kleinen Geister der Novemberzeit bekämpft und abgelehnt, die jeden großen kulturellen Plan, ja jede größere Bauausgabe schon einfach damit abtaten, daß sie nach ihrer

Erklärung ein politisch sowie wirtschaftlich ruinieres Volk mit solchen Projekten überhaupt nicht beladen dürfte. Ich war im Gegenteil gerade nach unserem Zusammenbruch der Leidenschaft, daß Völker, die einmal gestraucht sind und nun von ihrer ganzen Umwelt getreten werden, erst recht die Verpflichtung besitzen, ihren Unterdrückern gegenüber den eigenen Wert noch bewußter zu betonen und zu bekunden.

Es gibt aber nun einmal kein solches Dokument für das höchste Lebensrecht eines Volkes als dessen unsterbliche kulturelle Leistungen. (Wiederholung aus der beschlagnahmten Nr. 163. Den Schluss veröffentlichten wir in der morgigen Ausgabe.)

# Aus Stadt



## Stadt Posen

Mittwoch, den 21. Juli

Donnerstag: Sonnenaufgang 3.54, Sonnenuntergang 20.01; Mondaufgang 18.32, Monduntergang 1.49.

Wasserstand der Warthe am 21. Juli — 0,36 Meter.

Weitervoraussage für Donnerstag, 22. Juli: Anfangs noch zeitweise heiter, später von Westen her zunehmende Eintrübung mit etwas Regen, dabei ziemlich warm; nach Südwest drehende und langsam aufscheinende Winde.

### Wichtige Fernsprechstellen

Fernamt 00, Auskunft 09, Aussicht 49 28, Zeitansager 07, Rettungsbereitschaften 66 66 und 55 55, Diakonissenhaus 63 89.

### Städt. Sinfonie-Orchester

Die Sommerkonzerte finden nach folgendem Plan statt: Wilsonpark: jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag sowie jeden zweiten Freitag. Zoologischer Garten: jeden Mittwoch und Sonnabend. Konzertbeginn 8 Uhr.

### Kinos:

**Apollo:** „Es war einmal ein Walzer“ (Deutsch)  
**Gwiazda:** „Unter zwei Flaggen“  
**Metropolis:** „Der lustige Don Juan“  
**Sjinks:** „Der kleine Rebell“ — Shirley Temple  
**Stone:** „Der Sohn des Admirals“  
**Wilson:** „Schuldige Hände“

## Ein Tief aus dem Westen...

Gespannter und eifriger als sonst hört man in der Erntezeit die Radio-Wettervorhersage, öfters und misstrauischer klopft man an das Wetterglas, um das Ausschlagen des Barometerzeigers zu beobachten.

**Erntezeit!** Hochbeladen schwanken Erntewagen in die Scheunen oder bringen Fuhrte nach Fuhre in die Schober, die auf dem Felde in breiten Zylindern mit steilen Kegelspitzen entstehen. Die Scheunenräume warten auf die Weizen- und Ebsenernte. Erntezeit ist trotz der schweren Arbeit und harten Mühe eine Freudenzeit — wenn Sonne und Wind für Trockenheit sorgen. Ein Tief aus dem Westen mit Regen aber macht die Erntezeit zur Sorgzeit. Trockene Erntezeit ist — die halbe Ernte. Naß fahren — heißt das Dreschen sparen! „Lieber mag es auf dem Acker verfaulen, als in der Scheune“, ist eine alte Inspektorenweisheit. In der Ernte braucht der Landwirt Sonne und Trockenheit. Deshalb prüft er am Feierabend sorgfältig den Abendhimmel, hört die Meinung der Wetterpropheten und hofft, daß der optimistische Wetterprophet recht behält, daß der pessimistische sich irrt. Trockene Erntezeit — ist die halbe Ernte.

Möge ein siegreiches „Hoch aus dem Osten oder Norden“ die feuchtfrohen „Tiefs aus dem Westen und Süden“ so lange aufzuhalten, bis die trocken gefahrene Roggenschober eingedeckt, bis die Weizengarben im Fach unterm Scheunendach geborgen sind.

### Begnadigt

Am Dienstag nachmittag traf in Posen die Nachricht ein, daß der Herr Staatspräsident von seinem Gnadenrecht Gebrauch gemacht hat und die Todesstrafe gegen den Mörder der Klara Sperling in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umwandelte. Der zum Tode verurteilte Mörder Wnegł, der vor einiger Zeit die Gnade des Staatsoberhauptes angerufen hatte, wurde sofort vom Staatsanwalt des Landgerichts, dem die Aufsicht des Gefängnisses und die Überwachung der Hinrichtungen untersteht, aufgesucht und von dem Gnadenrat in Kenntnis gebracht. Der Mörder war durch diese Nachricht so erschüttert, daß er zitternd kaum Worte des Dankes stammeln konnte. Der Mörder wird in den nächsten Tagen entweder nach Rawitsch oder in ein anderes Gefängnis gebracht werden, wo er dann bis zum Ende seines Lebens verbleibt.

**Vom Tierschutzverein.** Ende September wird in Posen eine Tagung des Tierschutzvereins stattfinden, auf der auch beschlossen werden soll, die Tätigkeit des Vereins auf andere Städte der Wojewodschaft Posen auszudehnen. Bisher hat der Tierschutzverein nur in Lissa, Ostrowo und Koschmin Filialen.

**Ehrlicher Finder.** Ein Posener Bürger verlor im Trolleybus, der zwischen Główko und Schrodka verkehrte, seine Geldbörse mit einem

## Ein Auto überschlägt sich

In der Nähe von Koschmin kam es zu einem Autounfall, das zunächst sehr gefährlich aussah, aber glücklicherweise kein Menschenleben gefordert hat. Das Lastauto der Firma „Spolem“ aus Krotoschin fuhr nach Pleschen, um Eier abzuholen. Neben dem Chauffeur Wojczyński saß der Buchhalter Sienkiewicz und der Mitfahrer Czerwiński. Im Augenblick, als der Chauffeur eine Wegkurve besonders scharf nahm, verlor er die Herrschaft über den Wagen. Der Wagen riss zwei Chausseebäume um, überschlug sich und blieb mit den Rädern nach oben im Felde liegen. Ein Auto aus Posen, das hinter dem Lastwagen fuhr, hielt sofort an, um die erste Hilfe zu leisten. Die Zeugen glaubten, daß alle drei Personen des Lastwagens tot sein würden. Es zeigte sich jedoch, daß alle drei ohne Verletzungen geborgen werden konnten, sie haben nur ganz unwesentliche Hautabschürfungen davongetragen. Der Chauffeur, der durch die zersplitterte Scheibe etwas heftiger verletzt war, wurde ins Krankenhaus nach Koschmin gebracht. Der Lastwagen wurde wieder „auf die Beine“ gestellt und nach Krotoschin abgeschleppt. Der Kühler und die Steuerung sind beschädigt worden.

\*  
Bei Schwerenz kam es am Dienstag zu einem Autounfall, der noch verhältnismäßig glücklich ablief. Ein Laftauto der Viehhandlung Bania aus Thorn fuhr gegen einen Baum und blieb als ein großer Trümmerhaufen liegen. Der mitfahrende Autobefüller erlitt Verletzungen, die übrigen mitfahrenden Personen kamen mit dem Schrecken davon.

\*  
Bei Unterberg kam es am Dienstag zu einem Autounfall, und zwar in der Nähe des Bahnhofs. Der Posener Kaufmann Kliżczyński erlitt erhebliche Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, der Mitfahrer Bogdan Cynka erlitt leichtere Verletzungen und konnte, nachdem ihm ein Verband angelegt worden war, sich nach Hause begeben.

## Brief eines Hundes

Die Wojewodschaft Posen ist in ziemlicher Aufregung, vor allem der Norden der Provinz, da die Tollwut sich bemerkbar gemacht hat. Wenn Hundsperrre erlassen wird, dann müssen die vierbeinigen Freunde an der Leine geführt und ein Maulkorb muß ihnen umgemacht werden. Wie einem Hundezumute ist, wenn er so behandelt wird, kann sich der Mensch nicht vorstellen, denn erkennt ist er die Freiheit gewöhnt, wer führt ihn am Bändel, außerdem nimmt man einen Menschenleben manchmal etwas wichtiger wie ein Hundeleben. Hunde können nicht sprechen, das ist uns bekannt, aber Hunde können schreiben, das ist noch nicht bekannt gewesen bisher. Mein Hund, er heißt Fifi, hat mir einen Brief geschrieben. Warum soll ich ihm den bezaubernden Leserinnen und den scharf denkenden Lesern vorenthalten?

„Herrchen! Mannchen, was ist denn mit Dir los? Ist Dir denn ein Holzhammer auf den Kopf gefallen? Bist Du etwa in ein Tasche mit Bier gerutscht, ohne daß Du den Mund zugeschlagen hast? Die Käse war doch jetzt in diesen Tagen nicht gar so groß. Warum machst Du mir bloß das schenklische lederne Ding um die Schnauze? Wau, wau!

Gönnt Du mir nicht, wenn ich mir Knöchlein suche? Du dentst, ich habe genug zu Hause zu fressen und brauche keine Knöchlein von der Straße! Und doch geht's mir wie den Chinesen, die so gerne faule Eier essen sollen. Lebrigens brauche ich gar nicht an die Chinesen zu denken... rr... die braten Hunde und essen sie auf, diese... nein, ich sag's nicht, sonst gibt's womöglich einen diplomatischen Zwischenfall! Du bist doch auch gern stinkigen Käse, der ist schlimmer wie meine Knöchelchen aus dem Käsestein, und ich kriech darum auch immer unter das Sofa.

Herrchen! Schau! Ich bin so traurig. Erst das lederne Ding um die Schnauze, und dann

namhaften Betrag. Er hatte alle Hoffnung aufgegeben, das Geld wiederzuhalten. Der Schaffner hatte es gefunden und sofort im Büro abgegeben, so daß der Verlierer wieder zu seinem Eigentum kam. Er hat dem Schaffner eine Belohnung ausgehändigt.

**Der Untersuchungsrichter** des Bezirks II am Posener Landgericht, Karol Szwarec ist an das Landgericht nach Warschau versetzt worden.

Die Chaussee nach Unterberg ist für den Autoverkehr wieder freigegeben worden, so daß die mühevollen Umfahrt über Zabikowo-Kotowo nach Luban nicht mehr notwendig ist. Es bleibt nur noch eine unwesentliche Umfahrt in der Nähe des Lubaner Bahnhofs übrig.

**Bom Feldhüter** angeschossen. In der Montagnacht schoß der Feldhüter des Gutes Nowawieś bei Schwerenz den Arbeiter Wawrzyn Pepeta an. P. mußte schwer verletzt ins Posener Krankenhaus gebracht werden, wo er mit dem Tode ringt. Der Feldwächter Michałak wurde verhaftet.

### Wochenmarktsbericht

Der heutige Wochenmarkt nahm den gewohnten Verlauf; Angebot und Nachfrage waren zufriedenstellend. Die Preise für Molkereiprodukte waren folgende: Tischbutter 1. Qualität 1,40—1,50, Landbutter 1,30, Weißfleisch 25—35, Sahnenfleisch 60—70, Milch 18, Sahne Viertelliter 35—40, Buttermilch 12—15, die Mandel Eier 1—1,10. — Auf dem Fleischmarkt waren nachstehende Preise vermerkt: Schweinefleisch d. Pf. 15—20, Sauerampfer 5, Dill, Petersilie, Schnittlauch je 5, Birnen 15—50, Apfel 10—40, Aprikosen 90, Blaumen 25—30, saure Gurken d. St. 10—15 Gr. — An den Fischständen verkaufte man Hechte zum Preise von 90—1,30, Schleie 90—1,00, Weißfische 40—80, Barsche 80—1,00, Wels 1,40, Aale 90—1,30, Karpfen 1,30, Krebs die Mandel 80—3,00, Salzheringe 8—12, Matjesheringe 20 bis 30 Gr. — Der Blumenmarkt zeigte ein reichhaltiges Angebot an Schnittblumen.

Donnerstag, den 22. Juli 1937

## und Land

### Aus Posen und Pommerellen

#### Bydgoszcz (Bromberg)

##### Auflösung eines Kartells

Das Handels- und Industrieministerium hat das Kartell der Dachpappenfabrikan in Bromberg wegen „wirtschaftlich nicht berechtigter, hoher Preise“ aufgelöst. Dem Kartell gehörten u. a. folgende Fabriken an: „Impregnacja“ (Bromberg), „Vental“ und „Duday“ (Graudenz), „Bruno Schleifer“ (Schwetz), „Bracia Pichert“ (Dorn), sowie 2 Danziger und eine Edinger Firma an.

**Eine kleine Familie.** Dieser Tage wurde der 17jährige Wladyslaw Jandula nebst seinem Komplizen Kościak in wegen mehrerer Einbrüche zu 6 bzw. 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Jandula ist der jüngste Sohn einer 5köpfigen Familie, die mit Vater, Mutter und 3 Kindern im Gefängnis sitzt. Insgesamt hat diese Familie nicht weniger als 67 Verbrechen auf dem Kerkholz.

##### Ein „schwarzer Sonnabend“

Als ein schwarzer Tag erwies sich der vergangene Sonnabend. Eine bisher noch nicht verzeichnete Anzahl von Unfällen verschiedener Art ereignete sich an diesem 17. Juli in Bromberg. Die Rettungsbereitschaft mußte ständig unterwegs sein, und sogar ein Erzähwagen mußte herangezogen werden. Auch reichten die Mannschaften der Rettungsbereitschaft nicht aus, so daß auch hier mit Verstärkung gearbeitet werden mußte. In den Annalen des Städtischen Krankenhauses, wo hin die Verunglückten gebracht wurden, war noch nie ein Tag mit derartig vielen Einlieferungen verzeichnet worden.

#### Leszno (Lissa)

k. Beim internat Reitturnier in Gdingen konnte Leutnant Gutowski vom hiesigen Ulanen-Regiment den ersten Preis erringen. Leutnant Gutowski hat schon öfter sein großes Können auf diesem Gebiet unter Beweis gestellt

#### Rawicz (Rawitsch)

— Immer noch Unterleibstypus. Zur Bekämpfung der Typhusepidemie in den Orten Dubin, Pawlowo und Rogożewo I erläßt die Kreisstarostei folgende Anordnung:

„Es wird in den zur Sammelgemeinde Jutrosin gehörenden Orten Dubin, Pawlowo und Rogożewo I bis auf Widerruf verboten, Haushandel zu treiben, Milch und Milcherzeugnisse aus den genannten Orten auszuführen, Gemüse und Obst aus diesen Orten auszuführen und Schauen, Ablässe, öffentliche Versammlungen und überhaupt Zusammensetzungen vieler Personen (Mitgliederversammlungen usw.) zu veranstalten. Übertretungen werden auf dem Verwaltungswege mit Arrest bis zu 3 Monaten oder Geldstrafe bis zu 3000 zł. geahndet.“

#### Nowy Tomyśl (Neutomischel)

an. Eine Besichtigung der Hopfengärten des Neutomischer Hopfenbauvereins findet in den nächsten Tagen durch Hopfenbaupraktor Lukomski aus Wolhynien statt. Am Donnerstag, dem 22. d. Ms., hält Herr Lukomski im Wandreschen Saale einen Vortrag über den Stand der Hopfenanlagen. Von Seiten des Hopfenbauvereins wird um zahlreichen Besuch, auch von interessierten Nichtmitgliedern, gebeten.

#### Lwówek (Neustadt b. Pinne)

an. Bei dem Standesamt waren im ersten Halbjahr 1937 im Stadtbezirk Neustadt gemeldet: 32 Geburten, 15 Todesfälle und sieben Trauungen.

#### Sroda (Schroda)

t. Neue Postagentur. Am 1. August wird in Kleszczewo eine neue Postagentur eingerichtet mit dem Namen „Kleszczewo-poznańskie“. Zu dem Postbezirk dieser Agentur werden die Ortschaften Bugaj, Krerowo, Lipowice, Zimin, Pollariki, Bylin, Nagradowice, Trzel, Marklowice, Krzyżowniki und Sroda gehören. Gleichzeitig wird die Postagentur Pierzchnica, Kr. Schrimm, aufgelöst und die Ortschaften Bieganowo, Turek und Zmyslowo werden in den Postbezirk Sroda sowie die Ortschaften Kromolice, Pierzchnica und Kunowo in den Bezirk Kurnik eingegliedert.

#### Srem (Schrimm)

t. Warnung vor unerlaubtem Fischen und Angeln. In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, daß bisherige Fischer bzw. Bächer des Fischereirechtes unerlaubt in der Warthe fischen. Es wird daher vom Starostwo darauf aufmerksam gemacht, daß in den Fischereibezirken der Warthe, deren Gebiet durch Verordnung des Posener Wojewoden vom 20. März 1936 festgelegt wurde, einzig und allein die Bächer



## Die Förderung des Hopfenbaues in Polen

Vor kurzem fand in Dubno in Wolhynien eine Tagung der polnischen Hopfenbauer statt, die von der wohlyniischen Landwirtschaftskammer einberufen worden war. Alle Fragen des Hopfenbaues in Polen wurden eingehend erörtert und es wurde beschlossen, einen Verband der Hopfenbauvereinigungen Polens mit dem Sitz in Dubno zu bilden. Eine Reihe von Anträgen, die die Förderung des Hopfenbaus bezeichnen, wurden angenommen; u. a. auch die, dass neue Hopfenplantagen nur von vorgebildeten Hopfenbauern angelegt werden dürfen, dass die Ausfuhr von Hopfenpflanzen aus Polen verboten werden soll und schliesslich die Anträge, die die Förderung der Ausfuhr von Hopfen aus Polen zum Ziele haben.

## Länderschau auf der Internationalen Molkereiausstellung in Berlin besetzt

Auf der Internationalen Molkereiausstellung, die im Rahmen des XI. Milchwirtschaftlichen Weltkongresses in der zweiten Augusthälfte in Berlin stattfindet, werden Grossbritannien, Frankreich, Dänemark, Niederlande, Italien, Österreich, Südafrikanische Union, Rumäniens, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Schweiz, Litauen, Estland, Schweden, Norwegen, Finnland und voraussichtlich Belgien und Danzig zum Teil mit Doppelkojen, ihre spezifischen Milcherzeugnisse und deren Verwertung in der Wirtschaft zeigend, vertreten sein. Damit hat diese repräsentative Schau Ausmasse angenommen, die alle bisherigen ähnlichen Schauen bei weitem übertreffen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man annimmt, dass die Ausstellung weit über die Fachkreise hinaus allergrösste Bedeutung für lange Jahre haben wird.

## Die Umsatzsteigerung des Gdingener Hafens im 1. Halbjahr 1937

(Wiederholte aus einem Teil der gestrigen Ausgabe.)

Der Warenumschlag des Gdingener Hafens hat im 1. Halbjahr 1937 — wie bereits auf Grund vorläufiger statistischer Angaben gemeldet wurde — eine sehr beachtliche Steigerung erfahren, die mit der erhöhten Tätigkeit der Produktion der polnischen Industrie zu Beginn dieses Jahres im Zusammenhang steht. Nach den jetzt vorliegenden Statistiken stellt sich der Gesamtumschlag für die Zeit vom 1. bis 30. 6. 37 auf 4 343 000 t gegenüber 3 609 000 t im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs und zeigt damit eine Zunahme um rd. 734 000 t oder 20,3%.

Am stärksten ist die Verkehrszunahme im eingehenden Ueberseeverkehr, der eine Zunahme von 549 000 t um rd. 60% auf 881 000 t erfahren hat. An dieser Steigerung sind in erster Linie Rohstoffe für die Eisenindustrie, daneben aber auch Oelsaaten, Lebensmittel, Leder und Kautschuk sowie auch Kraftfahrzeuge beteiligt. Im einzelnen hat sich im 1. Halbjahr 1937 gegenüber dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahrs die Einfuhr der folgenden wichtigen Warengruppen erhöht: Schrott von 156 460 t auf 351 106 t, Erze und Pyrithe von 35 486 t auf 83 914 t, Phosphorite von 58 524 t auf 72 929 t, Thomiasschlacke von 16 100 t auf 18 096 t, Oelsaaten von 25 231 Tonnen auf 29 961 t, roher Reis von 32 194 t auf 38 141 t, Obst von 25 686 t auf 33 294 t, Häute von 11 419 t auf 12 972 t, Kautschuk von 2907 t auf 3795 t, Kraftfahrzeuge, Motorräder und Teile davon von 1428 t auf 2389 t.

Der ausgehende Ueberseeverkehr hat sich dagegen nur um 13% auf 3 462 000 t erhöht. Dabei ist angestiegen die Ausfuhr von Exportkohle von 2 350 533 t auf 2 616 954 t, Bunkerkohle von 182 327 t auf 280 156 t, Koks von 107 170 t auf 126 816 t, Schnittholz von 41 752 t auf 68 649 t, Handelseisen von 40 737 t auf 53 029 t, Eisenbahnschienen von 127 t auf 39 710 t, Röhren von 12 120 t auf 17 659 t, Malz von 14 973 t auf 16 201 t, Schinken von 417 t auf 3498 t, Salz von 568 t auf 1066 t, Fleischwaren von 6696 t auf 12 745 t, Ammoniumsulfat von 12 394 t auf 32 536 t. Dagegen zeigt die Ausfuhr von Zucker, Oelkuchen, Zement, Butter, Eier, Getreide und Rundholz einen Rückgang.

## Richtlinien für die Getreidepolitik

(Wiederholte aus der beschlagnahmten Nummer)

Auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Ministerrates am 15. 7. 37 sind die Richtlinien für die Getreidepolitik im neuen Erntehälfte festgelegt worden. Der genaue Inhalt der Beschlüsse wird bisher nicht bekanntgegeben. Es wird lediglich mitgeteilt, dass die Politik der Regierung darauf abzielt, die Inlandspreise für Brotgetreide auf dem Stand der Weltmarktpreise zu halten. Als Mittel für die Erreichung dieses Ziels werden nicht nur die staatlichen Getreideaufkäufe dienen, sondern es wird ausserdem die Ausfuhr beschränkt bleiben, wobei im Augenblick noch nicht die künftige Form der Ausfuhrregelung — soweit die Ausfuhrsperrre überhaupt gelockert werden kann — zu erkennen ist. Zur Sicherung der Futtermittelversorgung werden besondere Massnahmen erlassen werden. Weiter wird der Ausmahlungzwang für Brotgetreide beibehalten. Die Aufkäufe für die Bildung der Getreidereserve, die bekanntlich vom Innenministerium durchgeführt wird, werden dem Staatlichen Getreideunternehmen PZPZ übertragen.

## Ueberraschende Vielfältigkeit auf der 25. Deutschen Ostmesse

Die Deutsche Ostmesse in Königsberg findet in diesem Jahr zum 25. Mai statt. Schon heute lässt sich erkennen, dass die gesamten Messeveranstaltungen vom 15. bis zum 18. August in ihrem umfassenden Charakter und ihrer Vielfältigkeit nicht hinter den vorhergehenden zurückstehen werden. Im Gegenteil, — auf manchen Gebieten haben sich durch das wachsende Interesse der Wirtschaft ganz neue und ungewöhnliche Möglichkeiten geboten, diesen Ausweis der Produktionswirtschaft noch mehr zu vertiefen und ausführlich zu gestalten.

Der Uebergang zur Massivbauweise in Stadt und Land zum Zwecke der Holzersparnis für Exportzwecke, die gewissenhafte Verwendung aller einheimischen Rohstoffe, wie Torf, Holzabfälle usw., der Ausbau der Bauindustrie, die Steigerung des Ertrages der Landwirtschaft sind alles Dinge, die auf der Deutschen Ostmesse nicht mehr als Probleme, sondern als Lösung dieser Probleme den Besuchern vorgeführt werden. Abgesehen von der ausserordentlich reich beschickten Landwirtschaft-Ausstellung mit ihren modernen Landmaschinen und Geräten, zeigt die 25. Deutsche Ostmesse vom 15. bis 18. August die ostpreussischen Hochzuchten in Vieh und Saaten. Die bedeutendsten Werke Deutschlands stellen Maschinen und Anlagen für Ziegelerne und Zementfabriken, sowie Kalkbrennereien aus. Erstaunlich vervollkommen Anlagen zur Ausbeutung von Torfmoooren geben

dem Interessenten die Gewissheit rentabelster Investierungsmöglichkeiten. Gasgeneratoren in jeder Grösse beweisen, welche Sorgfalt der Abfallverwertung als Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufstieges beizumessen ist. Motoren, die besonders für den Fischfang geeignet sind und Musterreparaturwerkstätten für sämtliche modernen Verkehrsmittel geben dem Gesamtbilde einen organisatorischen Abschluss. Wichtig ist hier bemerkenswert, dass die Deutsche Ostmesse nicht nur ein Katalog sein will, der all die schönen Dinge in Ruhestellung zeigt, sondern dass jeder Besucher die Möglichkeit hat, die Maschinen, die sein Interesse beanspruchen, in praktischer Arbeit zu sehen. Dazu dienen die zahlreichen Fachauskünfte in die ostpreussische Produktion.

Die 25. Deutsche Ostmesse wird einen neuen Beweis dafür erbringen, dass Königsberg die immer breiter werdende Brücke ist, die auch die Wirtschaft der Baltischen Staaten mit der modernen Technik verbindet.

## Neues Farmgesetz in USA?

Verschiedene Senatoren aus den Gebieten Utah und Kansas bringen ein neues Farmgesetz auf Grund der kürzlichen Anregungen mit dem Präsidenten Roosevelt ein. Der Gesetzentwurf strebt paritätische Preise für Baumwolle, Mais, Weizen, Reis und Tabak u. a. an.

## Börsen und Märkte

### Posener Effekten-Börse

vom 21. Juli.

5% Staatl. Konvert.-Anleihe		59,00 B
grössere Stücke		
kleinere Stücke		
4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III)		38,00 B
42% Obligationen der Stadt Posen		
1927		
43% Obligationen der Stadt Posen		
1929		
5% Pfandbriefe der Westpolnisch-Kredit-Ges. Posen		
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G-21)		
4% umgestempelte Zlotypfandbriefe der Pos. Landschaft in Gold		
4% Zloty-Pfandbriefe d. Pos. Landschaft Serie I		54,50 B
4% Konvert.-Pfandbriefe der Pos. Landschaft		
Bank Cukrownictwa (ex. Divid.)		
Bank Polski (100 zl) ohne Coupon 8% Div. 36		102,00 B
Piechcin. Fabr. Wap. i Cem. (30 zl) H. Cegielski		20,00 B
Lubań-Wronki (100 zl)		
Cukrownia Kruszwica		

Stimmung: fest.

### Warschauer Börse

Warschau, 20. Juli.

Rentenmarkt: Die Stimmung war in den Staatspapieren etwas fester, in den Privatpapieren schwach.

Es notierten: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 65,75. 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe II. Em. 64,75. 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe II. Em. 81,50. 4prozentige Kons.-Anleihe 1936 55,00—55,50—54,75—55,00. 4½prozentige Staatliche Innenanleihe 1937 54,00—54,50 bis 54,25. 7proz. Pfandbriefe der Staatlichen Bank Rolny 83,25. 8proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Rolny 94. 7proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II—VII. Em. 83,25. 8proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94. 7proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank II—III. Em. 83,25. 8proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94. 7proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94. 7proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank II—VII. Em. 83,25. 8proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94. 5½proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81. 5½proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II—VII. Em. 81. 5½proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81. 5½proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank II—III. und III. n. Em. 81. 5½proz. Kom-Obl. der Landeswirtschaftsbank IV. Em. 81. 4½proz. L. Z. Kred. Ziem. der Stadt Warschau Serie V 55,50. 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 1933 60,13—60,00—60,13. 5% L. Z. Tow. Kred. der Stadt Czestochowa 1933 52,13.

	20.7.	20.7.	19.7.	19.7.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	291,05	292,52	290,88	292,32
Berlin	211,67	212,51	211,67	212,51
Brüssel	88,97	89,33	89,02	89,38
Kopenhagen	117,26	117,84	117,21	117,79
London	26,25	26,39	26,28	26,37
New York (Scheck)	5,27 <sup>3</sup>	5,30 <sup>3</sup>	5,27 <sup>3</sup>	5,30 <sup>3</sup>
Paris	19,80	20,00	19,85	20,05
Prag	18,41	18,51	18,40	18,50
Italien	27,83	28,02	27,80	28,00
Oslo	132,02	132,68	131,87	132,53
Stockholm	185,52	186,18	185,32	185,98
Danzig	99,80	100,20	99,80	100,20
Zürich	121,05	121,65	121,05	121,65
Montreal	—	—	—	—

1 Gramm Feingold = 5.9244 zl.

Aktionen: Tendenz — fest. Notiert wurden: Bank Polski 102,00. Warsz. Tow. Fabr. Cukru 31,00. Lilpop 47,50—47,25. Norblin 60,50. Ostrowiec Serie B 26,75.

Stimmung: stetig.

Gesamtumsatz: 2987,1 t; davon Roggen 2065.

Weizen 166. Gerste 25. Hafer 20.

## Der polnische Seefischfang im Juni d.J.

Im Laufe des Monats Juni betrug das Ergebnis des Seefischfangs in Polen 515 950 kg im Werte von 218 653 Złoty. Von der Gesamtmenge entfielen auf den Küstenfischfang 277 820 kg, auf die Hochseefischerei 38 130 kg und auf den Heringfang 230 000 kg. Von der Gesamtmenge wurden 187 380 kg im Küstengebiet verkauft, 71 200 kg wurden von den Fischräuchereien angekauft und 24 620 kg wurden nach Danzig ausgeführt.

Bromberg, 20. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Bromberg. Umsätze: neuer Roggen 15 Tonnen zu 21,50. Richtpreise: Alter Roggen 23,25—23,75. neuer Roggen 21—21,50. Weizen 27,25—27,50. Wintergerste 20—20,50. Hafer 24,50—25. Roggenkleie 16,50—17. Weizenkleie grob 17,25—17,50. Weizenkleie fein und mittel 16,50—17,25. Viktoriaerbse 22—24. Folgererbse 22—24. Blaulupinen 17,75—18. Gelblupinen 17—17,50. Winterraps 42—44. Winterrüben 41—42. blauer Mohn 60—62. Senf 37 bis 39. Leinkuchen 22,75—23,25. Rapskuchen 17,25—17,75. Sojaschrot 23—23,50. Stimmung: ruhig. Der Gasanumsatz beträgt 865 t. Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 465. Weizen 71. Roggenmehl 22. Weizenmehl 24. Roggenkleie 145. Weizenkleie 35. Gerstenkleie 15. Raps 40 t.

Warschau, 20. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Warschau. Einheitsweizen 748 gl 28 bis 28,50. Sammelweizen 737 gl 27,50 bis 28, Standardroggen I 693 gl 22,50—23, Standardhafer I 460 gl 27—27,50. Standardhafer II 435 gl 26,50—27. Braunerste 23—23,50. Felderbsen 24—25. Viktoriaerbse 27—28. Wicken 26—27. Peluschen 24,50—25,50. Blaulupinen 16,50—17. Gelblupinen 17,50—18. Winterraps 44,50 bis 45,50. Winterlübsen 44 bis 45. Weisskleie roh 95—105. Weisskleie gereinigt 97% 120—135. Rotklee roh 110—125. Rotklee gereinigt 97% 140—150. Blauer Mohn 66—68. Weizenmehl I 65% 42—43. Weizenmehl II 65—70% 35 bis 36. Schrotmehl 95% 28—29. Weizenkleie grob 17—17,50. Weizenkleie fein und mittel 16 bis 16,50. Leinkuchen 21,75 bis 22,25. Rapskuchen 17—17,50. Sojaschrot 25,50—26. Der Gesamtumsatz beträgt 628 t, davon Roggen 169 t. Stimmung: ruhig.

Kattowitz, 20. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörsen für 100 kg im Grosshandel frei Waggon Kattowitz

Heute früh entschlief mein geliebter Mann,  
unser Vater und Großvater,  
**der Kaufmann**  
**Robert Thomaschewski**  
im 72. Lebensjahr.

In tiefer Trauer  
**Charlotte Thomaschewski**  
geb. Mohr,  
**Rudolf Thomaschewski**,  
**Ruth Düne**  
geb. Thomaschewski,  
**Dr. Martin Thomaschewski**,  
**Hertha Thomaschewski**  
geb. Tresp,  
**Hans Düne**,  
**Gerda Thomaschewski**  
geb. Sarrasin  
und Enkelkinder.

Graudenz, Danzig, Berlin-Eberswalde, Posen,  
den 20. Juli 1937.

Beerdigung: Donnerstag, 22. Juli, 11 Uhr, evgl.  
Friedhof im Stadtwald zu Graudenz.  
Von Beileidsbesuch wird gebeten Abstand zu nehmen.

Am 20. Juli 1937 entschlief sanft im Herrn nach  
kurzem Leiden, unsere treusorgende und gute Mutter, liebe  
Schwester, Schwiegermutter, Großmama und Tante

**Margarete Tonn**

geb. Wojtek  
im Alter von 72 Jahren.

Die Ueberführung erfolgt am Freitag, dem 23. Juli,  
um 16 Uhr vom Trauerhause, ul. Góra Wilda 86, nach  
dem Kronleuchtern-Kirchhof in Dębiec.

Die Trauermesse findet am Sonnabend, dem 24. Juli,  
um 8 Uhr in der Kirche OO Zmartwywstańców in  
Wilda statt.

In tielem Schmerz  
**Familie Tonn und Verwandte**

Poznań, Bonst, Berlin, Leipzig, Dresden, Liegnitz, Czortków

Übersichtswort (seit) ----- 20 Groschen  
jedes weitere Wort ----- 10 "  
Stellengesuche pro Wort ----- 5 "  
Offertengebühre für geschriebene Anzeigen 50 "

## Kleine Anzeigen

Stenographie  
und Schreibmaschinenturme  
Kantaka 1



**PINGWIN-EIS**

gut und doch ausgezeichnet



Die glückliche Geburt eines gesunden

**Jungen**

zeigen an

Elisabeth Bitter, geb. Küster  
Wilhelm Bitter.

Gostkowo, den 19. Juli 1937.

Vom 26. Juli bis 23. August

einschließlich  
Sprechstunden nur von 2-4 Uhr nachm.

**Dr. Werner Stiller**  
Augenarzt

Poznań, Al. Marsz. Piłsudskiego 16.

**Weine**

Edle Rieslingsorten zur Bowle  
in Flaschen und Fässern

**Nyka & Posluszy, Poznań**

Wrocławska 33/34.  
Weingroßhandlung.  
Tel. 1194.  
Gegr. 1868.

Elektrisch-automatische

**Ate**

Kühlschränke,  
Kühl- und  
Klima-

Anlagen  
ohne Zollberechnung  
Ing. Bloy, Danzig,  
Horst Hoffmann-Wall 2.

Sommersprossen  
gelbe Flecke,  
Sonnenbrand usw.

beseitigender Garantie  
Axela - Crème  
Dose zl 2.—  
Axela - Seife  
zl 1.—

J. Gadebusch  
Poznań, Nowa 7

**Die  
Ferienzeit  
ist da!**

Unter nimmt Du aber  
einen Ausflug, sei es  
ins Gebirge oder an  
die See, dann vergiss  
nicht eine Flasche  
**AMOL** mitzunehmen!

**AMOL TUT WOHL,**  
BEI JEDER GELEGENHEIT!

Prakt. Taschenflaschen  
sind zu haben in jeder  
Apotheke od. Drogerie.

(Wiederholung aus einem Teil der gestrigen beschlagnahmten Ausgabe.)

Ich gebe hiermit zur gesetzl. Kenntnis, dass ich das  
**Delikatesswarengeschäft**  
verbunden mit Frühstücksstube  
(früher Preuss)  
übernommen habe und am 22. Juli nach gründlicher Renovierung  
neu eröffne.  
Mein Bestreben wird es sein, meine Kundschaft durch  
reelle Bedienung und konkurrenzfähige Preise zufriedenzustellen.  
Ich bitte um Unterstützung meines Unternehmens.  
Hochachtungsvoll  
**Franciszek Orpel**  
Al. Marsz. Piłsudskiego 26.

### Malermeister

sucht Beschäftigung für  
privat, Neubau — Kirchen, auch außerhalb.  
Referenzen Ia, Kostenantrag ohne Verbindlichkeit.  
Offeranten unter 2443 an die Geschäftsst. dieser Btg. Poznań 3.

### Local Licytacji — Auktionslokal

Brunon Trzeczak — Stary Rynek 46/47  
Bereideter Taxator u. Auktionator verkaufst täglich 8-18 Uhr

**Wohnungseinrichtungen**, 10 komplette Salons, Speisen, Schlafzimmer, Bade-Zimmer, verschiedene Mästen Pianinos, Teppiche, Einzelmöbel, Nachmöbel, Laden-einrichtungen usw. (Uebernahme) Taxierungen, sowie Liquidationen von Wohnungen u. Geschäften beim Auftraggeber bzw. auf Wunsch im eigenen Auktionslokal.

### Verkäufe

**Fruchtpresse**  
Stahlkassette  
zu verkaufen.  
Wrocławska 5/6, Wohn. 5.

**Herrenwäsch**



aus Seiden-Popeline,  
Toile de Soie, Seiden-Marquise, Sport-hemden, Nachhemden, Taghemden, Winterhemden, Hemden, Winterhemden empfiehlt zu Fabrikpreisen in großer Auswahl.

**Dürkopp-Leichtkraftrad**



mit Sachs-Motor 98 ccm, besonders kräftige Baurart, gute verstellbare Federung, 15 Watt Bosch-Lichtanlage.

**Ohne Steuer und Führerschein.**

Das ideale, billige Verkehrsmittel, Brennstoffverbrauch ca. 1,8 Liter pro 100 km.

Verkaufsstellen:

„Mars“, Poznań

Piłsudskiego 15/17

Arndt, Fahrradhandlung

Mogilno.

### Globus

großes Format, billig.  
Poznańska 58a, W. 1.

Eine wenig gebrauchte

Singer

**Nähmaschine**

versenkbar, Rundschiffchen zu verkaufen.

ul. Wierzbiecice 11, W. 8

bis 4 Uhr nachmittags.

### Motorrad

**Phänomen**

in. Sachs-Motor, 2,75 PS, 2 Ganggetriebe, elektr. Licht, steuerfrei. Registrierung wie Fahrrad. Preis 695.— zl

**WUL-GUM**

Poznań, Wielkie Garbary 8.

### Tausch

Ein

**Landhaus**

bei Berlin, neu, gegen gleiches Objekt in Polen zu tauschen. Offeranten m. näherer Beschreibung u. 2439 an die Geschäftsst. dieser Btg. Poznań 3.

### Tiermarkt

**Zu verkaufen:**

1,3 braune rauhbart.

**Tekel**

Frau Helene Tillner,

Gulczewo, v. Wrzesnia

**Vermietungen**

5 und 6

komfortable vermietet günstig. Grodziec, Tel. 34-44.

### Borderr Zimmer

Balcon — Bequemlichkeiten  
Matejki 3, Wohnung 3.

zum 15. August od. später.

Zeugnis vorhanden. Frdl.

Buchristen um 2437 an

die Geschäftsst. d. Zeitung,

Poznań 3.

**Mietgesuche**

Suche 1-2

**Zimmerwohnung**

mit Küche für einzelnen Herrn. Offeranten m. Preis unter 2440 an die Geschäftsst. dieser Btg. Poznań 3.

**Sommerfrische**

mit Angel- u. Jagdgelegenheit, (40 km von

Poznań) wird geboten bei 4.— zl täglich.

**Friske**

Możniewo-Młyn,

v. Parkowo.

**Evangelisches**

**Mädchen**

bewandert in allen häuslichen Arbeiten, sucht zum

1. oder 15. 8. Stellung in

deutschem Hause. Off. u.

2448 an die Geschäftsst.

dieser Zeitung, Poznań 3.

**Landwirtschaftlicher**

**Beamter**

43 Jahre alt, sucht von

jetzt Stellung. Gute

Zeugnisse. Off. u. 2446

an die Geschäftsst.

dieser Zeitung, Poznań 3.

**Hausdame, Polin**

evgl., aus besserer Familie,

deutsch u. volk. sprechend,

sucht Führung eines frau-

losen Haushaltes. Perfekt

in Polnischer Küche. Off.

unter 2449 an die Geschäft-

sst. dieser Zeitung, Poznań 3.

**Umzüge**

im geschlossenen

**Möbeltransportauto**

führt preiswert aus

**W. Meroes Nachf.**

Poznań,

j. e. h.

Tama Garbarska 21.

Tel. 3356, 2336.

**Kurorte**

**Zoppot**

Gartenwilla Nähe Strand.

beste Verpflegung.

Pension von Harte v.

Wadenenallee 33